Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223. Montag, den 23. September 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Chemnitz.

Nun liegt er hinter uns, der Parteitag, dem Freund und Feind mit so großer Spannung entgegensahen. Nach einer Arbeits- und segensreichen Tagung ist er am Sonnabend nachmittag geschlossen worden. Freudig konnten die Delegierten in das Hoch auf die internationale Sozialdemokratie einstimmen; bildet doch dieser Parteitag in des Wortes vollster Bedeutung einen Markstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Auch wir geben unserer lebhaften Freude darüber Ausdruck, daß die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages einen so befriedigenden Verlauf nahmen. Von einigen Ausnahmen abgesehen, herrschte bei allen Delegierten das Bestreben vor, in der sachlichsten Form den Austausch der Meinungen zu vollziehen und alles zu tun, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei nicht zu gefährden. Nach dieser Richtung hin erscheint uns die Annahme des Sindermannschen Antrages in bezug auf die Sonderkonferenzen als eine der wichtigsten Aktionen des diesjährigen Parteitages. Letzterer hat damit dokumentiert, daß er die Sonderbündeleien innerhalb der Partei nicht wünscht. Und wenn auch manchen Kampfhähnen der einen oder anderen Richtung dieser Beschluß nicht paßt, so glauben wir doch, daß sie als gute Demokraten sich demselben fügen und auch im Reichstage mit diesen Sondertagungen der einzelnen Richtungen brechen werden. Dem Genossen Bebel rechnen wir es hoch an, daß er die, Eingeweihten schon seit langem bekannten Zustände in der Fraktion schonungslos aufdeckte. Die Partei kann von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie sich als Sozialdemokraten und nicht als sogenannte Revisionisten oder Radikale fühlen. Wird hier von „oben“ herab mit gutem Beispiel vorangegangen, dann werden sich hoffentlich auch die württembergischen Genossen endlich auf sich selbst besinnen und im Interesse der Partei energisch den Frieden fördern. Nach unserer Auffassung hat der Parteitag dieses Friedenswerk gefördert, indem er den Krakeelern und Stänkern — denen ihr persönliches Interesse über das Parteiinteresse geht — den Ast absägte, auf dem sie es sich so behaglich eingerichtet hatten. So wenig angenehm die Erörterungen über den württembergischen Parteiskandal und seine Begleiterscheinungen waren, so notwendig aber waren sie.

Die Änderung des Organisationsstatuts war sicherlich eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages. Es muß anerkannt werden, daß die Reorganisationskommission dem ursprünglichen Entwurf insofern die Giftzähne auszog, als sie dem neuen Parteiausschuß eine wesentlich veränderte Stellung einräumte, als es vorher geplant war. Der jetzt geschaffene Ausschuß ist nichts anderes als der von einer großen Anzahl Parteigenossen gewünschte Ausbau der Konferenzen der Landes- resp. Bezirksvorstände. Daß der Parteiausschuß mindestens alle 1/4 Jahr einberufen werden muß, halten wir gerade nicht für glücklich, wie wir gleichfalls der Meinung sind, daß auch diesem Apparat viel zu viel Schwerfälligkeit anhaftet. Doch wir werden ja sehen, wie sich diese Einrichtung bewährt. — Angesichts der teuren Zeiten, unter denen das Gros unserer Parteigenossenschaft hauptsächlich zu leiden hat, war es nur klug, daß die Reorganisationskommission ihre Anträge auf Erhöhung der Minimalbeiträge fallen ließ. Damit ist den Gegnern wieder eine Portion Wind aus den Segeln genommen worden.

Die Billigung des Stichwahlabkommens gefällt einigen wenigen Parteiblättern nicht. Sie erblicken darin eine „Verschleierung der Sünden gegen den Klassencharakter der Partei.“ Wir brauchen wohl nicht besonders zu erwähnen, daß sich unter diesen Parteiblättern auch die „Bremer Bürgerztg.“ befindet, die auf Grund der auch von uns mitgeteilten Äußerungen nationalliberaler Politiker zu dem Chemnitzer Beschluß zu der sonderbaren Auffassung kommt, der Klassencharakter der Partei sei verleugnet worden. Uns mutet diese Auffassung um so sonderbarer an, als doch auch unsere Bremer Genossen in der Bürgerschaft bei passenden Gelegenheiten unseres Wissens zur Erreichung bestimmter Zwecke mit den Liberalen zusammen gestimmt haben. Darunter aber hat doch ihr Klassenkampfcharakter gewiß nicht im mindesten gelitten. Ähnlich lagen doch nun auch die Verhältnisse im Reiche. Es mußte unter allen Umständen versucht werden, den schwarz-blauen Block zu zertrümmern. Das aber war nur möglich durch das Abkommen, durch das wir unseren bisherigen Standpunkt in keiner Weise aufgegeben haben. Die Zionswächter können also beruhigt sein; die sozialdemokratische Partei bleibt, was sie war.

Eine interessante Debatte entspann sich über das den Imperialismus behandelnde Referat des Genossen Haase. Völlige Einmütigkeit bestand darüber, daß der Imperialismus mit seinen üblen Begleiterscheinungen auf das energischste zu bekämpfen ist und daß das klassenbewußte Proletariat in diesem Kampfe die Führerrolle zu übernehmen hat. Abweichende Meinungen traten lediglich darüber zutage, ob wir die Abrüstungsbestrebungen unterstützen sollen oder nicht. Mit Recht hat der Parteitag es abgelehnt, von dem bisher beschrittenen Wege abzuweichen. Wir müssen im Interesse des werktätigen Volkes immer lauter den Ruf nach Abrüstung erheben, müssen zeigen, daß wir den Rüstungswahnsinn nicht mit Worten, sondern mit der Tat zu bekämpfen bereit sind. Das ändert natürlich an unserer prinzipiellen Stellungnahme zum Militarismus gar nichts.

Die Maifeierfrage ist verhältnismäßig rasch erledigt worden. Über die Sache selbst war eine Diskussion ja auch ziemlich überflüssig, da sich der nächste internationale Kongreß mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Dem Parteitag lag es ob, zu prüfen, ob der Beschluß des Nürnberger Parteitages, betr. Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai, aufrecht zu erhalten sei oder nicht. Dieser Beschluß ist durch das scharf zu verurteilende Verhalten einer Reihe Parteigenossen leider zu einem Zankapfel innerhalb der Partei geworden. Nun hat der Parteitag den Nürnberger Beschluß aufgehoben; es ist nur bedauerlich, daß nach dem Kuddelmuddel, welcher der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses folgte, die Vertagung der vorliegenden Anträge auf den nächsten Parteitag beschlossen wurde. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn mit dem Fallenlassen des Nürnberger Beschlusses alle übrigen Anträge, die zum Teil ja nur die Partei- und Gewerkschaftsangestellten treffen sollen, für erledigt erklärt worden wären. Dann wäre endlich Ruhe in dieser unerquicklichen Angelegenheit eingetreten; so ist das leider nicht der Fall.

Ein „Ketzergericht“ ist nach Meinung der bürgerlichen Presse am letzten Verhandlungstage inszeniert worden, indem der Parteitag mit großer Mehrheit den Ausschluß Hildebrandts guthieß. Wenn man auch bedauern kann, daß es notwendig war, einen Mann, der zweifellos ehrlich gewillt ist, nach seiner Auffassung den Interessen der Arbeiter zu dienen, aus den Reihen der Sozialdemokratie zu entfernen, so war doch andererseits unumgänglich erforderlich, den Schwärmer für Kolonial- und Schutzzollpolitik von unsern Rockschößen abzuschütteln. Das wollte der vom Genossen Laufenberg gestellte Antrag, welcher besagte: „Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrandts in keiner Weise die unsrigen sind, daß Hildebrandt im Rahmen seiner heutigen Anschauungen ungeeignet ist, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten. Jede Verantwortung für die Ideen Hildebrandts, für sein politisches Auftreten lehnt der Parteitag ab. Der Parteitag erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt ist.“ Mit der Annahme dieses Antrages wäre unserer Meinung nach die Angelegenheit am besten erledigt und den Gegnern die billige Gelegenheit genommen worden, von einem „Ketzergericht“ zu faseln. Die Mehrheit des Parteitages stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß für einen Mann, der in grundsätzlichen Fragen von unserem Programm abweicht und der sich damit selbst außerhalb der Partei stellt, auch bei uns kein Raum mehr ist. Hildebrandt hat zugegeben, daß er in den Fragen der Kolonial-, Schutzzoll-, Militär- und Steuerpolitik grundsätzlich von uns abweicht. Eigentlich hätte er daraus selbst die einzig mögliche Konsequenz ziehen müssen. Das hat er nicht getan und daher erfolgte sein Ausschluß. Die sozialdemokratische Partei darf kein Tummelplatz für nationalsoziale Politiker werden.

Eine Reihe nicht minder wichtiger Fragen hat der Parteitag außerdem noch erledigt. Wir erinnern hier nur an den wuchtigen Protest gegen die Teuerung, an den Beschluß betr. Bergarbeiterschutz und an die durchaus zu billigende Stellungnahme zum Schnapsboykott.

Mit großer Befriedigung kann die deutsche Sozialdemokratie auf den Chemnitzer Parteitag zurückblicken. Möge sein Wirken unsere Genossen und Genossinnen anspornen zu erneuter Tätigkeit für die weitere Ausbreitung unserer Ideen. Der nächste Parteitag muß ein noch glänzenderes Zeugnis ablegen von dem Wachstum unserer Bewegung als der diesjährige. In diesem Sinne wollen wir wirken und arbeiten!

Die Teuerung.

Der Rückgang der Schlachtungen hat schon in der ersten Hälfte dieses Jahres eingesetzt, ohne daß damals von einer eigentlichen Fleischnot die Rede sein konnte. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes über die im 2. Vierteljahr 1912 der Fleischbeschau unterzogenen Schlachttiere stellen sich die Schlachtungen im Verhältnis zu 1911 folgendermaßen:

	Im 2. Vierteljahr 1912	1911
Pferde und andere Einhufer	38 649	28 710
Ochsen	129 216	133 303
Bullen	115 652	113 694
Kühe	421 820	419 527
Jungrinder über drei Monat alt	225 650	211 447
Kälber unter drei Monat alt	1 309 106	1 306 425
Schweine	4 302 862	4 125 367
Schafe	454 938	471 299
Ziegen	204 235	176 786
Hunde	1 237	929

Eine Zunahme an Schlachtungen ist zu verzeichnen vor allen Dingen bei Pferden um ca. 10 000, bei Jungrindern über 3 Monat alt um ca. 14 000, bei Kälbern unter 3 Monat alt um ca. 3000, bei Ziegen um ca. 28 000 und bei Hunden um über 300. Eine Abnahme an Schlachtungen aber ist eingetreten vor allem bei Ochsen um ca. 4000, und bei Schafen um fast 20 000. Die vermehrte Schlachtung an Jungrindern und Kälbern unter drei Monaten ist sicher darauf zurückzuführen, daß es an reiferem Schlachtvieh fehlte. Und das in einer Zeit, wo, wie erwähnt, von der eigentlichen Fleischnot noch nicht die Rede sein konnte. Eine Statistik über das 3. Viertel des Jahres 1912 würde noch einen ganz anderen Rückgang der Schlachtungen aufweisen.

Die Fleischpreise in Frankfurt a. M. sind weiter gestiegen. Nachdem erst Freitag der Preis für Rindfleisch von 1 Mk. auf 1,10 Mk. erhöht wurde, ist Sonnabend die gleiche Erhöhung für Kalbfleisch eingetreten, das nun ebenfalls 1,10 Mk. kostet.

Die durch die Landwirtschaftskammer in Stettin und durch den pommerschen Viehverwertungsverband vertretenen Landwirte der Provinz haben dem Magistrat der Stadt Stettin folgendes Angebot gemacht:

„Die Landwirte sind bereit, wöchentlich 300 Schweine zum Durchschnittspreise von 68 Mk. pro Zentner Schlachtgewicht (was einem Preise von etwa 47 Mk. pro Zentner Lebendgewicht entspricht) zu liefern, unter der Bedingung, daß die Stadt sich verpflichtet, diesen Preis auf die Dauer von 5 Jahren für ein gleiches wöchentliches Quantum von 300 Schweinen zu gewährleisten.“

Der Durchschnittspreis von 68 Mk. ist natürlich der Teuerungspreis. Man begreift daher, daß die Landwirte so großmütig sind, sich diesen Preis auf 5 Jahre hinaus sichern zu wollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Rache des Bundes der Landwirte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet in auffälligem Druck an der Spitze ihres politischen Teils, daß der Bor-

stand des Bundes der Landwirte die beiden Bundesmitglieder Kirsten und Krieger, die nach Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage Schwarzburg-Rudolstadt einen Sozialdemokraten zum ersten Landtagspräsidenten mitgewählt haben, aus dem Bunde der Landwirte ausgeschlossen hat.

Die Reichseinnahmen

sind im August, ebenso wie in den vorhergehenden Monaten, nicht günstig gewesen. Vor allem ist die Einnahme aus den Zöllen wieder recht gering gewesen. Seit Beginn dieses Etatsjahres sind aus dieser Einnahmequelle 300,38 Millionen Mark eingekommen. Der Etat sieht eine Gesamteinnahme von 699,31 Mark aus den Zöllen vor, was für 5 Monate einer Summe von 291,35 Millionen Mark entsprechen würde. Es ist also bisher nur ein Überschuß von 9 Millionen Mark vorhanden, der in den kommenden, für die Reichseinnahmen zum Teil viel ungünstigeren Monaten bald sich in ein Minus verwandeln dürfte. Gegenüber dem Vorjahre steht die Zolleinnahme jetzt um bereits annähernd 24 Millionen Mark zurück. Auch eine ganze Reihe anderer Einnahmequellen hat bisher, und zum Teil nicht unbeträchtlich, einen geringeren Ertrag als 1911 gebracht.

Neben den Zöllen haben vor allem die Zuckersteuer und die Verbrauchsabgabe für Branntwein ungünstigere Einnahmen als im Vorjahre zu verzeichnen. Aus der Zuckersteuer wurden im August ds. Js. 10,56 Millionen Mark gegen 12,66 Millionen Mark und im ganzen seit Beginn des Etatsjahres nur 55,38 gegen 71,08 Millionen Mark vereinnahmt. Die Branntweinverbrauchsabgabe brachte im August 16,38 gegen 16,55 Millionen Mark und bisher überhaupt 80,19 gegen 82,32 Millionen Mark. Geringer als 1911 ist auch die Einnahme aus der Tabaksteuer mit 0,74 gegen 0,81 Millionen Mark und 3,84 gegen 4,22 Millionen Mark im ganzen bisherigen Etatsjahre. Auch von den Börsenstempeln ist eine ganze Reihe in der Einnahme gegen das Vorjahr zurückgeblieben, so besonders der Talonstempel mit 0,42 gegen 0,61 Millionen Mark im August und 2,95 gegen 4,28 Millionen Mark im bisherigen Etatsjahre; der Lotterielosstempel mit 5,79 gegen 8,36 Millionen Mark im August und 18,20 gegen 19,31 Millionen Mark seit dem 1. April.

Auch die Erbschaftssteuer brachte weniger: nur 3,18 gegen 4,76 Millionen Mark und seit dem 1. April 16,77 gegen 17,04 Millionen Mark. Bessere Einnahme als im Vorjahre haben bisher gehabt die Zigarettensteuer mit 13,99 gegen 11,67 Millionen Mark, die Salzsteuer mit 22,66 gegen 22,47 Millionen Mark, die Schaumweinsteuer mit 4,95 gegen 4,41 Millionen Mark, die Leuchtmittelsteuer mit 5,65 gegen 4,27 Millionen Mark, die Zündwarensteuer mit 8,89 gegen 7,52 Millionen Mark, die Brausteuer mit 52,34 gegen 48,82 Millionen Mark, der Spielkartenstempel mit 0,82 gegen 0,78 Millionen Mark und die Wechselstempelsteuer mit 8,22 gegen 7,77 Millionen Mark.

Die konservative Stichwahltaktik.

Die „Konservative Korrespondenz" vom 20. September beschäftigt sich in einem langen Artikel mit den Ausführungen des Genossen Scheidemann in seinem Referat über die Stichwahltaktik, in der er auch die konservativen Anbiederungsversuche beleuchtete. Die „Konservative Korrespondenz" muß die von Scheidemann aufgestellten Behauptungen als richtig anerkennen. Nur redet sie sich darauf hinaus, daß im Kreise Arnswalde-Friedeberg der Unterhändler ein früherer Antisemit gewesen sei, der ungerufen gehandelt habe, und daß man Dr. Dade, der im Kreise Parchim-Ludwigslust die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie nachsuchte, von der konservativen Partei abgeschüttelt habe. Im übrigen macht er eine Menge Redensarten, um den Eindruck dieser konservativen Bittgänge zur Sozialdemokratie nach Möglichkeit abzuschwächen. Die Spitze dieser Ausführungen richtet sich mehr gegen die Liberalen, die sich selbstverständlich nicht entgehen lassen, Scheidemanns Darlegungen zur Beleuchtung der konservativen Entrüstung über das sozialdemokratisch-liberale Stichwahlbündnis ihnen unter die Nase zu setzen.

Eine freisinnige Internationale.

Gelegentlich der 17. Interparlamentarischen Konferenz in Genf fand eine Zusammenkunft freisinnig-demokratischer Politiker der verschiedenen Länder statt. Es wurde in der Besprechung für nützlich und wünschenswert bezeichnet, daß zwischen den freisinnig-demokratischen Parteien der verschiedenen Länder ein enger Zusammenschluß stattfinde, und dauernde Beziehungen angeknüpft werden. Man beschloß, einen in diesem Sinne gehaltenen Wunsch der freisinnig-demokratischen Parteileitungen der einzelnen Länder zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke wurde unter Vorsitz von Gobat-Bern ein vorläufiger Ausschuß gebildet, dem für Deutschland Professor v. Liszt angehört.

Und diese Herrschaften regen sich über die Arbeiter-Internationale auf!

Die „patriotische Pflicht" der Beamten.

Die Berliner Eisenbahndirektion hat in bezug auf die am 30. ds. Mts. stattfindende Landtagsersatzwahl im ersten Berliner Wahlkreise eine Verfügung an die Beamten und Angestellten ergehen lassen, in der es heißt:

„Es ist die patriotische Pflicht aller staatstreuen Bürger, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Insbesondere muß dies auch von dem wahlberechtigten Personal der Staatseisenbahnverwaltung erwartet werden. Es wird vorausgesetzt, daß sich jeder Wahlberechtigte rechtzeitig darüber unterrichtet hat, daß er in die Wählerliste eingetragen ist, und daß diese berichtigt sind. Jedem Beamten und Arbeiter, insbesondere auch dem Personal des Lokomotiv- und des Zugdienstes, ist Gelegenheit gegeben, sich an der Wahl zu beteiligen, soweit die dienstlichen und betrieblichen Verhältnisse das nur irgendwie gestatten. Obwohl die Wahl während des ganzen Tages ausgeübt werden kann, ist den Arbeitern, soweit es die dienstlichen und betrieblichen Interessen zulassen, die Ausübung des Wahlrechts auch während der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung zu gestatten. Etwaigen Wünschen der Arbeiter, zu einer Zeit wählen zu dürfen, wo die große Masse anderer Wähler nicht wählt, ist nach Möglichkeit zu entsprechen."

Die Sorge um die Ausübung der staatsbürgerlichen Pflicht durch die Staatsbeamten erscheint etwas verdächtig. Die preußische Eisenbahnverwaltung gehört sonst nicht zu den Organen, denen man eine besondere Vorliebe für staatsbürgerliche Rechte ihrer Angestellten nachsagen könnte. Wir erinnern nur an die Haltung dieser Behörde zum Koalitionsrecht der Eisenbahner. Wenn dieselbe Behörde jetzt auf einmal von patriotischer Pflicht der staatstreuen Eisenbahnangestellten spricht, so kann man sich des Verdachts nicht erwehren, daß sie damit bestimmte Zwecke verfolgt, vielleicht gar die Hoffnung hegt, durch starke Beteiligung der Beamten den Kreis den rechtsstehenden Parteien in die Hände zu spielen.

Die Teuerung und die Industrie.

Die Wirkungen der Teuerung machen sich nicht mehr nur den unmittelbar Betroffenen bemerkbar, deren kleines Einkommen auch zur Bestreitung des Allernotwendigsten nicht ausreicht; sie gehen schon weit darüber hinaus und machen sich manchen Industriezweigen sehr unangenehm fühlbar. Das Berliner Industrieorgan „Die Textilwoche" veröffentlicht mehrere Schreiben, die zeigen, wie die herrschende Teuerung die Kaufkraft schwächt, wodurch eine ganze Reihe Gewerbe großen Schaden erleidet. So schreibt eine Aachener Textilfirma:

„Die einfachen, die guten und besseren bürgerlichen und die meisten Beamtenfamilien müssen sich schon seit Jahr und Tag die denkbar größte Einschränkung auferlegen, um den Ansprüchen des täglichen Lebens einigermaßen gerecht zu werden. Da Mieten, Nahrungsmittel und sonstiger Unterhalt andauernd kostspieliger werden, greift die praktische Hausfrau zu dem Hilfsmittel, billigere Kleidungsstücke zu kaufen. Die Preislagen verschieben sich zusehends mehr und mehr nach unten. Eine neue nicht leichte große Aufgabe ist dadurch für solide Geschäfte entstanden: daß wir gute, moderne haltbare Waren in Stoffen und Konfektion für wenig Geld liefern sollen. Man verlangt natürlich obendrein, daß diese billigen Artikel genau so viel vorstellen und ebenso lange halten sollen wie die früher zu zweimal und dreimal so hohen Preisen gekauften Gegenstände. Es wäre eine unendliche Wohltat für alle Bevölkerungsklassen (ausgenommen die oberen Zehntausend, die nicht zu rechnen brauchen), wenn etwas geschehen könnte, das dem glänzenden Elend zahlloser braver Leute wirksam Abhilfe schaffte."

Hierzu bemerkt das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes:

„Es zeigt sich also, daß in den breiten Volksschichten bereits an der Kleidung gespart wird, und es ist klar, daß auch im Konsum anderer industrieller Erzeugnisse eine Einschränkung eintreten wird, wenn nicht die Lebensmittelteuerung abnimmt. Es ist sehr bedauerlich, daß die Regierung noch darüber den Mund nicht auftut, welche Maßnahmen sie zur Linderung der Teuerung und insbesondere der Fleischnot zu treffen gedenkt. Wenn unser deutsches Zollsystem einen derart starren Charakter hat, daß es nicht einmal in solchen Notzeiten Maßregeln zur Linderung derselben zuläßt, dann wird es den Anhängern dieses Systems immer schwerer gemacht, zu beweisen, daß wir es mit einem bewährten Wirtschaftssystem zu tun haben."

Not bricht Eisen, und wie es scheint, lehrt der Hunger die christlichen Arbeiter sogar noch das Denken. Was die „Textilwoche" schreibt, ist uns eine Bestätigung des Urteils, das wir Sozialdemokraten allzu oft über die Wirkungen der preußisch-deutschen Teuerungspolitik abgegeben haben. Das christliche Gewerkschaftsorgan ist nur sehr naiv, wenn es glaubt, daß solche überzeugenden Argumente die Befürworter der Teuerungspolitik veranlassen werden, mit der bisher betriebenen Wirtschaftspolitik zu brechen.

Solange die Junker, die Regierung, die Hochschutzzöllner und Lebensmittelverteuerer sehen, daß die hungernden christlich-nationalen Proletarier gegen die Teurung nichts weiter als schwache Proteste auszubringen vermögen, so lange wird man sich um die Geschädigten erst recht nicht den Deut kümmern. Dem deutschen Wirtschaftssystem ist eben der starre Charakter aufgeprägt worden und es „bewährt" sich dadurch, daß es die Kaufkraft schwächt und Not und Elend verbreitet. Aber es ist schon ein kleiner Fortschritt, wenn christliche Organe anfangen, an der von ihnen bisher so gepriesenen und der von ihnen gründlichst gestützten „bewährten Wirtschaftspolitik" zu zweifeln.

Ein würdiger Jesuitenkämpe.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger ist bekannt dafür, daß er in der unverfrorensten Weise und unbeschwert von allzuvieler Sachkenntnis über alles schreibt, was ihm in den Weg läuft; das ist aber noch nicht das schlimmste: Ebenso ungeniert, wie er in aufdringlichster Weise alle Fragen in das Bereich seiner Besprechungen zieht, ebenso skrupellos verfährt er mit der Wahrheit. Es scheint Jesuitengrundsatz zu sein, frisch drauf los zu lügen, und es dann den von der Lüge Betroffenen zu überlassen, für die Wiederherstellung der Wahrheit zu sorgen. Vor reichlich drei Wochen stellte Erzberger im Scherlschen „Tag" die Behauptung auf, daß der „Vorwärts"-Redakteur Däumig von der Schöneberger Stadtverwaltung als Beamter angestellt worden sei. Am gleichen Tage noch wurde die handgreifliche Lüge festgenagelt; der „Vorwärts" und mit ihm die gesamte sozialdemokratische Parteipresse unterbreiteten der Öffentlichkeit, wie gewissenhaft Erzberger als Journalist mit der Wahrheit umgeht. Das genierte den Kämpfer für Wahrheit und Recht in keiner Weise. Es bedurfte einer ausdrücklichen Reklamation des Schöneberger Oberbürgermeisters, um Erzberger zu veranlassen, daß er am 20. September endlich — fast drei Wochen nach Verbreitung seiner Lüge — im „Tag" kleinlaut zugibt, daß der Schöneberger Angestellte Däumig mit dem „Vorwärts"-Redakteur Däumig nicht identisch ist.

Erzberger ist aus Schwaben; er ist in der Schule der Zentrumshäuptlinge groß geworden, die die Wahrheit sehr scheuen. Wenn aber in diesen Kreisen die Unwahrhaftigkeit als Privilegium betrachtet wird, so sollte wenigstens die Presse, die auf journalistischen Anstand hält, von derartigen Leuten möglichst weit abrücken.

Italien.

Ein italienischer „Sieg". Die offiziöse „Agenzia Stefani" verbreitet folgendes Telegramm des Generals Ragni aus Tripolis, 20. September: Heute habe ich, wie ich beschlossen hatte, nach einem erbitterten Kampfe von zehn Stunden Dauer mich der Oase Zanzur der westlich gelegenen Höhe Sidi el Hai und einer weiteren südlich gelegenen Höhe bemächtigt. Am Abend vorher waren die zur Aktion bestimmten Truppen zwischen Gargaresch und Zanzur zusammengezogen worden. Ein Teil der Truppen, unterstützt von Artillerie, sollte quer durch die Oase hindurchgehen, die sich im Süden bis zur Wüste, im Norden bis zum Meere ausdehnt. Um 5½ Uhr begann die Artillerie das Feuer. Nach einer halben Stunde drangen die Truppen in die Oase ein und besetzten sie nach einem heftigen und ermüdenden Kampfe. Um 8 Uhr 30 Minuten wurde die Höhe Sidi el Hai erobert und dort die italienische Flagge gehißt. Dann wurden unverzüglich die Befestigungsarbeiten begonnen. Gegen Mittag schien der Kampf der sehr günstig für die Italiener verlaufen war, abzuflauen, bis dann eine starke feindliche Kolonne, die aus Suani Beni Aden hervorbrach, in den Kampf hineingezogen wurde. Sie war bereits durch Drachen, die über den Steinbrüchen von Gheran in der Mitte der Straße Zanzur-Gargaresch aufgestiegen waren, und durch den Luftschiffer Novellie gemeldet worden. Ich befahl darauf der Reserve, vorzurücken. Die italienischen Truppen warfen die Angriffe dieser feindlichen Kolonne, die so heftig erfolgten, daß sogar die Artilleristen das Seitengewehr ziehen mußten, zurück und gingen unverzüglich, unterstützt durch die hinzukommenden Reserven, zum Gegenangriff über. Der Feind wurde dadurch zur Flucht gezwungen und einige Kilometer weit durch die italienischen Truppen verfolgt. Um 6 Uhr begann der Kampf abzuschwächen und mit einbrechender Nacht hörte er vollständig auf. Die italienischen Truppen biwakierten in den eroberten Stellungen, die weiterhin verstärkt werden. Die Verluste der Italiener werden auf 200 Tote und Verwundete geschätzt, die des Feindes sind sehr bedeutend, aber noch nicht genau festgestellt worden.

Amerika.

Was verdienen die „Patrioten" durch den Militarismus? Die Hadfield Steel Company in Sheffield hat der Regierung der Vereinigten Staaten angeboten, 2000 Granaten von 14 Zoll für eine Summe zu liefern, die fast um 200000 Dollar niedriger ist, als die Forderung des nächsten amerikanischen Mitbewerbers. Marinesekretär Meyer wird zu entscheiden haben, ob die Überlieferung, wonach ausschließlich amerikanische Häuser Aufträge erhalten, verletzt werden darf oder ob das englische Angebot zurückgewiesen werden muß.

Die Wirren in Nikaragua. In Washington geht das Gerücht, daß es zwischen den unter dem Konteradmiral Southerland zum Entsatz der von den Aufständischen bedrohten höheren Mädchenschule für Ausländerinnen nach Grenada abgegangenen achthundert amerikanischen Seesoldaten und den Aufständischen zu einem Zusammenstoß gekommen sei. Das Marinedepartement ist bis jetzt ganz ohne Nachricht von dem Detachement. — Nach einer Depesche aus Managua sind auf Verlangen des Gesandten die den Zöglingen der höheren Mädchenschule in Grenada zu Hilfe gesandten amerikanischen Soldaten dort angekommen, um die Eisenbahn freizuhalten und die Bevölkerung, die vor einer Hungersnot steht, zu unterstützen. Drei Soldaten sind durch Kugeln, die für den Kommandeur bestimmt waren, verletzt worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 23. September.

Die Lohnbewegung der Tabakarbeiter Lübecks und Schwartaus ist beendet. Die Zigarrenarbeiter erhielten pro tausend Zigarren 50 Pfg. Lohnerhöhung auf jede Sorte bewilligt. Der Minimallohn beträgt 10 Mk. pro Mille. Folgende Firmen haben in Lübeck bewilligt: Steffen, Schneider, Riecken, Schriever, Schering; in Schwartau: Timm, Jäde und Röhr.

Ein Schildbürgerstreich. Eine merkwürdige, ja unverständliche Nachricht dringt aus dem Bürgerausschuß an die Öffentlichkeit. Trocken berichtet das Protokoll: Die städtische Schweinemastanstalt soll aufgehoben werden. Der Leser greift sich an den Kopf: wie ist solch ein Beschluß möglich? Immer stärker wird die Empörung der Bevölkerung über die steigende Fleischteuerung. In der Bürgerschaft wagt mit Ausnahme des Agrarierhäuptlings heute keiner den wachsenden Notstand abzuleugnen, die reaktionärsten Mitglieder müssen die Ausführungen unseres Genossen Stelling unterstreichen. Einstimmig fast beschließt das Parlament den Senat zu ersuchen, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, um Mittel zur Abhilfe zu finden. Der Bürgerausschuß tritt dem Beschlusse bei — und in der unmittelbar folgenden Sitzung stimmt derselbe Bürgerausschuß dafür, daß eine Einrichtung, die in dieser Zeit von unschätzbarem Werte sein könnte, sang- und klanglos verschwindet. Andere Städte bemühen sich, gerade jetzt eine städtische Fleischversorgung zu schaffen, sie führen von weither Vieh ein, verkaufen es zu Selbstkostenpreisen, scheuen sich nicht, aus städtischen Mitteln Zuschüsse zu leisten, nur um billiges Fleisch zu beschaffen. Andere schließen mit Schweinezucht-Genossenschaften Verträge, zahlen Prämien, um eine dauernde Versorgung sicherzustellen. — Wir haben das nicht nötig, wir haben eine eigene Anstalt — — wir schließen sie einfach! Die Gebäude sollen dazu dienen, dem importierten dänischen Vieh während der Quarantänezeit Unterkunft zu gewähren. Was haben die Lübecker Einwohner für Nutzen von dem vielen Vieh, das hier eingeführt wird? Die Großkommissionäre verkaufen es mit großem Profit nach entfernter gelegenen Gegenden. — Aber die Anstalt war nicht rentabel. Gewiß, sie hat in den ersten Jahren Pech gehabt. Die letzte Abrechnung lautete aber schon beträchtlich günstiger. Und dann, hat man alles versucht, sie rentabler zu gestalten? Die Stadt hätte die gezüchteten Schweine selbst schlachten und direkt zu Selbstkostenpreisen an die Konsumenten verkaufen sollen. Wollte sie das nicht, so hätte sie die Schweine

an hiesige Schlachter verkaufen sollen, unter der Bedingung, daß die Preise eine festgesetzte Höhe nicht übersteigen dürften. So handeln andere sozial fortgeschrittenere Gemeinden überall in Deutschland. — Ja, aber die Bürgerschaft hat die Aufhebung vor drei Jahren selbst verlangt. Sie hat es getan gegen den Widerstand der Sozialdemokraten und anderer weiter sehenden Mitglieder. Weil die Schlachter sich benachteiligt glaubten und die Agrarier fürchteten die städtische Konkurrenz hindere sie an der Ausbeutung der Bevölkerung. Über diese eigensüchtigen Gründe müssen Senat und Bürgerschaft sich hinwegsetzen. Des Volkes gesunde Ernährung ist das erste Gebot. Wer für die Einsetzung der gemeinsamen Kommission gestimmt hat und doch für Aufhebung der Schweinemastanstalt eintritt, weiß nicht, was er tut — oder er ist ein Heuchler! Er will die Empörung des Volkes beschwichtigen, aber wirklich wirksame Mittel nicht anwenden. Wir hoffen, diese Zeilen werden verhindern, daß die Bevölkerung teilnahmslos zusieht, wie man ihr eine Waffe gegen ihre Not heimlich aus der Hand schlägt. Die sozialdemokratische Fraktion wird — das erwarten wir bestimmt — mit aller Energie dafür kämpfen, daß Lübeck vor diesem Schildbürgerstreich bewahrt wird. Z.

Wann kann die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgen? Angesichts der Ueberlastung der Gewerbegerichte durch Rechtsstreitigkeiten, die aus sofortiger Entlassung oder kündigungslosem Verlassen der Arbeit herrühren, ist ein Hinweis auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen wohl angebracht. Gar manche Klage würde vermieden bleiben, wenn von Arbeitgebern und Arbeitern diese Bestimmungen mehr beachtet würden. Natürlich können die nachstehend aufgezählten gesetzlichen Bestimmungen durch Arbeitsvertrag oder Arbeitsordnung anderweitig festgesetzt oder ergänzt werden. Nach dem Gesetze ist der Arbeitgeber berechtigt, Gesellen und Gehilfen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung zu entlassen: 1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder gefälschter Arbeitsbücher hintergangen, oder ihn über das Bestehen eines anderen sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrtum versetzt haben; 2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen; 3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern; 4. wenn sie, der Warnung ungeachtet, mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen; 5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen beider Familienangehörige zuschulden kommen lassen; 6. wenn sie sich einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachteile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters schuldig machen; 7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter verleiten oder zu verleiten suchen oder mit ihnen Handlungen begehen, die wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen, und 8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind. In den von 1 bis 8 genannten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind. Anderseits kann der Geselle oder Gehilfe die Arbeit sofort verlassen, wenn er zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird, wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeiter oder dessen Familienangehörige zuschulden kommen läßt, oder den Arbeiter oder Familienangehörige zu den unter 1—7 gen. Handlungen verleitet oder zu verleiten versucht. Ferner ist sofortiges Verlassen der Arbeit gestattet, wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt oder sich widerrechtlicher Uebervorteilung gegen die Arbeiter schuldig macht. Endlich kann der Arbeiter sofort „aufhören", wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, die bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.

Vorsicht bei Veteranenspenden! Unter dem vertrauenerweckenden Namen „Zentrale zur Unterstützung deutscher Kriegsveteranen" wird seit August d. Js. an wohlhabende und hochgestellte Persönlichkeiten in ganz Deutschland ein Aufruf gesandt, in dem unter geschickter Benutzung des kürzlich in der Tagespresse erörterten Falles des 70jährigen Veteranen Drux zur Einsendung von Beiträgen zur Unterstützung bedürftiger deutscher Kriegsveteranen an die genannte Zentrale zu Händen der Nationalbank für Deutschland, Berlin, Oranienstraße 16, oder des Postscheckamtes Berlin NW. 7 (Postscheckkonto Nr. 4008) aufgefordert wird. Unterzeichnet ist der Aufruf: „Zentrale zur Unterstützung deutscher Kriegsveteranen", z. H. des Vorsitzenden, Herrn P. Loesin, Berlin 65, Seestraße 118." Dieser Appell an die Mildtätigkeit des Publikums ist nicht vergeblich gewesen. In kurzer Zeit sind bei den obengenannten Zahlstellen zahlreiche Beträge von 10 bis 1000 Mark, insgesamt bisher etwa 3000 Mark eingegangen. Welche Bewandtnis hat es nun mit dieser Zentralstelle? Am 3. August d. J. gründeten drei Herren, der Buchhändler S., der Kaufmann B. aus Groß-Lichterfelde und der Buchhalter P. Loesin aus Berlin, Seestraße 118, einen Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger deutscher Kriegsveteranen und nannten ihn „Zentralstelle zur Unterstützung deutscher Kriegsveteranen". Der Verein besteht zurzeit nur aus dem Vorstande, in dem die genannten drei Gründer sitzen, und einem Mitgliede. Vorsitzender des Vereins, der nach dem Gründungsprotokoll zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des Vereins, sowie zur alleinigen Empfangnahme aller den Verein betreffenden Sendungen berechtigt ist, ist Herr Loesin. Dieser entscheidet zunächst auch darüber, ob und in welcher Höhe ein Veteran Unterstützung erhalten soll. Loesin bezieht für seine Mühewaltungen eine ihm von den beiden anderen Vorstandsmitgliedern zugebilligte Vergütung von monatlich 150 Mark, die zurzeit anscheinend sein ausschließliches Einkommen bilden. Bisher ist aus den eingegangenen Beträgen nur eine Unterstützung an einen bedürftigen Veteranen in Höhe von 25 Mark gewährt worden. Es ist zu bezweifeln, ob bei Kenntnis der Sachlage so zahlreiche Spenden an den Verein eingezahlt worden wären. Geber, die sich durch Verschweigung der wahren Sachlage etwa getäuscht und geschädigt fühlen, werden ersucht, sich bei dem Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 100, mündlich oder schriftlich zu melden.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat August 1912 38 Ochsen, 124 Bullen, 1653 Kühe und Starken, 417 fette Kälber, 276 nüchterne Kälber, — Lämmer, 30 Ziegen, 2728 Schweine, 857 Schafe, 39 Pferde, zusammen 6162 Tiere gegen 5979 Tiere im August 1911. — Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Leukaemie, 1 Kalb wegen Pyaemie, 2 Kälber wegen Tuberkulose, 1 Kalb wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 4 Schweine wegen Schweineseuche, 2 Schweine wegen Schweinepest, 4 Schweine wegen Rotlauf, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 42/4 Rindfleisch Tuberkulose, 3/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 25/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kalb wegen Wässerigkeit, 5 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 2 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Mieschersche Schläuche, 2 Schweine wegen Gelbsucht, 1 Schwein wegen Wässerigkeit, 1 Schwein wegen Geruchs- und Geschmacksabweichung des Fleisches, 1 Schwein wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. Außerdem wurden bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt. 1131 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Hiervon wurde 1 Schwein wegen Rotlauf beanstandet.

Unglücksfall. Gestern abend wurde in der Nähe der Stadthalle auf der Mühlenbrücke ein angetrunkener Mann von einem Wagen der Linie 4 umgestoßen. Da nicht sogleich festzustellen war, welcher Art die Verletzungen waren, wurde der Mann ins Krankenhaus geschafft. Wie wir erfahren, sind die Verletzungen leichter Natur. Den Führer des Wagens trifft keine Schuld.

Risiko der Arbeit. Heute morgen ereigneten sich auf dem Hochofenwerk zwei Unglücksfälle. Ein bei dem Monteur Klünder beschäftigter Arbeiter brach beim Aufheben eines schweren Stückes Eisen das Kreuz; ein anderer Arbeiter erlitt eine derartige schwere Fingerverletzung, daß ihm ein halber Finger abgenommen werden mußte. Die Namen der Verunglückten, sowie näheres über die Art der Unfälle sind uns leider nicht bekannt geworden.

Schwer verletzt. Gestern morgen früh 5½ Uhr fanden zur Arbeit gehende Hafenarbeiter auf der Wallhalbinsel beim Schuppen C zwischen den Schienen liegend einen finnischen Seemann in bewußtlosem Zustande vor. Derselbe hatte Kopfverletzungen erlitten, die derartig schwer waren, daß er am gestrigen Tage überhaupt nicht vernehmungsfähig war. Wie uns mitgeteilt wird, häufen sich in letzter Zeit diese Begebenheiten, und sollen dieselben sich meistenteils bei der Drehbrücke abspielen; u. a. wurde am vorigen Sonnabend ein früherer Seemann dort schwer mißhandelt. Dabei wird eine dort gelegene Restauration viel genannt. Geklagt wird weiter über mangelnden polizeilichen Schutz.

Verkauf von Seefischen an der Trave. Vor vierzehn Tagen wurde vom Senatstische in der Lübecker Bürgerschaft erklärt, daß das Polizeiamt den Verkauf frischer Seefische an der Trave betreibe. Niemand erfuhr jedoch, wo und wann dieser Verkauf stattfinden wird. Heute endlich macht das Polizeiamt bekannt (siehe Inseratenteil), daß der Verkauf von lebenden Butt in der Zeit von morgens 8—10 Uhr bei der Holstenbrücke erfolgt. Wir machen darauf besonders aufmerksam.

Nicht identisch. Der Fährmann Gustav Wulff bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem am Donnerstag vor. Woche wegen Kohlendiebstahls verurteilten Fährmann W. nicht identisch ist.

Sperrung der Drehbrücke. Wegen vorzunehmender Ausbesserungsarbeiten wird die Fahrbahn der Hafendrehbrücke, auf welcher das Geleise liegt, vom Montag, dem 23. Septbr. ds. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von 14 Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Die nationale Seuche. Unter dem Schweinebestande des Schlossers Krogmann hierselbst, Ziegelstraße 22a, ist die Rotlaufseuche amtlich festgestellt worden.

Konkurseröffnung. Auf Antrag des Gerichtssekretärs Ahlers als Nachlaßpflegers ist über den Nachlaß des am 24. Juli 1912 in Lübeck verstorbenen Hotelgeschäftsführers Wilhelm August Selig am 21. September 1912, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Gerichtssekretär Ahlers in Lübeck zum Konkursverwalter ernannt worden.

pb. **Verschwundener Handwagen.** Von dem Stand für Handwagen vor der Markthalle, ist am Freitag, dem 13. ds. Mts., ein zweirädiger, graugrün gestrichener Handwagen, der nicht auf Federn ruht, abhandengekommen, vermutlich von einem Unbefugten benutzt und irgendwo stehen gelassen worden.

pb. **Verhaftung.** Festgenommen wurde ein Stadtreisender, der seinem Chef 640 Mk. unterschlagen hat.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 19. ds. Mts. gegen 8 Uhr abends ist vor einem Hause in der Mühlenstraße ein Fahrrad Marke „Naumann", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 8385, und auffallend großer neuer Glocke abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei des Stadttheaters wird uns geschrieben: Am Mittwoch, dem 25., wird in neuer Inszenierung und bei Mittelpreisen Lortzings gemütvolle Oper „Der Waffenschmied" gegeben. Ferner sei mitgeteilt, daß in dieser Spielzeit von der Direktion des Stadttheaters in der Stadthalle keine Vorstellungen gegeben werden, wozu um Beachtung der diesbezüglichen Annonce gebeten wird.

Hamburg. „Das Menschenschlachthaus" unter Anklage! Der Hamburger Volksschullehrer Wilhelm Lamszus hat vor kurzem im Verlag von Alfred Janssen in Hamburg ein Buch unter dem Titel „Das Menschenschlachthaus" erscheinen lassen. Das Buch, das inzwischen auch in der „Neuen Zeit" besprochen worden ist, behandelt die Schrecknisse eines künftigen Krieges. Es ist künstlerisch gestaltet und von eindringlicher Wucht. Nachdem es in mehr als 12 000 Exemplaren verbreitet und auch im „Hamburger Echo" abgedruckt ist, fällt es jetzt der Hamburger Behörde ein, gegen den Autor im Disziplinarwege vorzugehen. Der Lehrer Lamszus ist vorläufig seines Amtes entsetzt worden. Die Verfolgung, die man gegen ihn in Szene gesetzt hat, kann nur zu einer Niederlage der Behörde führen und wird dem verdienstvollen Werke selbst nur zu um so größerer Verbreitung verhelfen.

Hamburg. Großfeuer in Barmbeck. Am Holsteinischen Kamp Nr. 90 ist in der Nacht zum Sonntag das Holzlager von Christian Cohrs in Flammen aufgegangen. Der Feuerschein war weithin zu sehen. Vier Züge der Feuerwehr bekämpften das Feuer mit 6 Rohren. Acht Pferde, die in Stallungen der Nachbarschaft untergebracht waren, wurden rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Auch die umliegenden hohen Gebäude wurden vor dem Feuer bewahrt.

Hamburg. Streik der Getreidearbeiter. Die in den Kornumstechereibetrieben beschäftigten Getreidearbeiter beschlossen mit erdrückender Mehrheit, weil die Unternehmer Verhandlungen mit der Lohnkommission ablehnten, am Montag morgen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Diese Hafenarbeitergruppe steht schon seit April in einer Lohnbewegung.

Alt-Rahlstedt. Ein trauriges Unglück hat die Familie des Arbeiters Hansen betroffen. Auf dem Marktplatz, auf dem vor einigen Tagen Jahrmarkt abgehalten wurde, spielten einige Knaben. Sie fanden etwas unaufgelöstes Carbid, taten es in eine Flasche und gossen Wasser darauf. Die Flasche explodierte und das Carbid spritzte dem elfjährigen Sohn des Arbeiters H. in beide Augen. Das eine Auge ist bereits ausgelaufen, das andere ist schwer gefährdet. Der bedauernswerte Knabe wurde einem Hamburger Krankenhause zugeführt. Von den Marktbeziehern ist es unverzeihlich leichtsinnig, daß sie den gefährlichen Explosivstoff auf dem Platz liegen ließen.

Kiel. Geständnis des Aktienfälschers. Der unter dem Verdacht der Aktienfälschung verhaftete Filialdirektor Georg Neudeck hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gestand, die Herstellung der Aktien der Buchdruckerei Scharndorff in Auftrag gegeben zu haben. Er erklärte dem Besitzer, er und sein Schwiegervater seien im Aufsichtsrat der Hamburger Freihafenlagerhausgesellschaft, und der eigentliche Auftraggeber sei sein Schwiegervater. Er ließ sich zunächst 200 Aktien anfertigen und teilte dann der Buchdruckerei mit, sie solle keine weiteren Aktien herstellen, weil der Auftrag nicht gut ausgeführt sei. Am folgenden Tage hat dann Neudeck versucht, 41 dieser Aktien bei der Vereinsbank in Kiel zu lombardieren. Bald darauf wurde er verhaftet. Seine persönlichen Mittel hat der Verhaftete zum größten Teil für sein Stahlwerk aufgewendet, das er in Rendsburg besitzt.

Kiel. Mordversuch aus Eifersucht. Der Schmied Haak war eifersüchtig auf seine Frau. Er kaufte sich einen Revolver, gab damit im Treppenhaus einen Schuß auf die Frau ab und traf sie in den Hinterkopf. Dann stellte er sich selbst der Polizei. Die Frau wurde in die Chirurgische Klinik gebracht. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich, doch konnte die Kugel bis jetzt nicht entfernt werden.

Apenrade. Teilweise Aufhebung der Grenzsperren. Wie gemeldet wird, hat der Regierungspräsident das am 1. Oktober 1911 von ihm wegen Seuchengefahr erlassene Verbot, Jungschweine für die Provinz Schleswig-Holstein einzuführen, wieder aufgehoben. — Unter allen schikanösen Maßnahmen, mit denen zum angeblichen Schutze gegen Seuchengefahr die Zufuhr von dänischem Vieh und Fleisch verhindert wurde, war das jetzt aufgehobene Verbot eines der schlimmsten. Es war durch keinen Schein des Rechts mehr zu rechtfertigen. Deshalb hat man sich wohl endschlossen, es fallen zu lassen. Aber ebenso liegt es noch bei einer ganzen Reihe von Bestimmungen, die noch aufrechterhalten werden, angeblich zum Schutze der deutschen Volksgesundheit, in Wirklichkeit zur Bereicherung der agrarischen Viehzüchter. So haben von dem oben erwähnten, jetzt aufgehobenen Verbot nur die schleswigholsteinischen Züchter Vorteil gehabt, da sie während der Gültigkeit dieses Verbots ihre Ferkel um 100 Prozent teurer verkaufen konnten als sonst.

Geestemünde. Zur Lohnbewegung der Maschinisten etc. Die Reedereien in Geestemünde, Bremerhaven und Nordenham haben die Forderungen der Fischdampfer-Maschinisten auf Lohnerhöhung bewilligt. Es sollen betragen die Löhne auf Islanddampfern: für den ersten Maschinisten 180 bis 200 Mark, für den zweiten Maschinisten 135—150, auf den Nordseedampfern: für den ersten Maschinisten 170—190 Mark, für den zweiten Maschinisten 140 bis 160 Mark. Die bisherigen Dienstjahre werden angerechnet. Beim Auflegen der Schiffe sollen 2 Mark Kostgeld pro Tag bewilligt werden. Die Forderung eines zweiten Heizers für die Nordseedampfer ist abgelehnt worden. Voraussichtlich wird auf Grund dieses Entgegenkommens ein Streik vermieden werden.

Wismar. Eine leichtsinnige Schießerei, welche glücklicherweise ohne schwere Folgen abgegangen ist, spielte sich in Kirchdorf auf Poel anläßlich des Jahrmarkts ab. Der Arbeiter Möller stand mit mehreren anderen Marktgästen beim Gastwirt Lembke an der Tonbank. Nachdem die Runde ausgetrunken, bestellte der Fischer Schwarz eine neue. Darauf warf Möller ein Geldstück zum Bezahlen der von Schwarz bestellten Runde auf den Tisch. Jetzt erklärte Schwarz: „Das Bier habe ich bestellt und bezahle es auch selbst", wobei er Möller sein Geld zurückschob. Hierüber aufgebracht, zog Möller einen geladenen Revolver, legte auf Schwarz an und sagte: „Laß das Geld liegen oder ich schieße." Im gleichen Augenblick ging der Schuß los und die Kugel ging Schwarz direkt in die Brust, glücklicherweise in etwas schräger Richtung, sodaß die Kugel am Brustkasten abglitt und nur eine leichte Verletzung hinterließ.

Rostock. Schweres Unglück. Im Hause Fritz-Reuter-Straße 33 hatte am Freitag die 20jährige Tochter Emma des Arbeiters Witt auf einem Petroleumkocher das Mittagessen zubereitet. Plötzlich fiel — ob von selbst oder von der Emma Witt angestoßen, steht nicht fest — der Petroleumkocher um und explodierte. Das brennende Petroleum ergoß sich nicht nur auf die Möbel in der Küche und steckte diese in Brand, sondern setzte auch die Kleider des jungen Mädchens in Flammen. Obwohl sofort Hauseinwohner und ein Polizeibeamter der Brennenden zu Hilfe eilten, sie aus der brennenden Küche herausholten und die Flammen an ihrem Körper erstickten, hat die Bedauernswerte dennoch so schwere Brandwunden davongetragen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Mädchen, das furchtbar unter Schmerzen zu leiden hatte, wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Es soll kaum eine Stelle am Körper haben, die ohne Brandwunden ist. Der Brand selbst wurde von der Feuerwehr bald gelöscht.

Bremen. Drahtlose Telegraphie für Fischdampfer. Die Bremen-Vegesacker Heringsfischerei führte kürzlich versuchsweise die drahtlose Telegraphie ein, und zwar zunächst auf einem Logger. Die Auffangestation ist angebracht an dem hohen Schornstein der Norddeutschen Steingutfabrik, ehemals Wollkämmerei. Bis zur nächsten Fangzeit sollen noch einige andere Logger auf gleiche Weise Verbindung mit der Fischerei erhalten.

Bremen. Ein staatsgefährlicher Nelkenverkauf. Im Juli d. Js. erschienen in Hemelingen bei Bremen in der Wohnung eines Parteigenossen zwei preußische Gendarmen und der Kreissekretär und forderten von ihm das Geld, das er beim Nelkenverkauf auf dem Hemelinger Gewerkschaftsfeste vereinnahmt hatte. Unser Genosse gab auch 76 Mark heraus, als man ihm mit der Verhaftung drohte. Das war das Geld, mit dem noch Rechnungen zu begleichen waren. Den Ueberschuß vom Nelkenverkauf hatte der Verkäufer bereits an den Wahlfonds abgeführt. Auf den Protest gegen die ungesetzliche Konfiskation des Geldes — den Blumenverkauf hatte der Landrat in Achim genehmigt — erhielt unser Genosse einen Strafbefehl in Höhe von 25 Mark, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis „eine Sammlung" von Geld veranstaltet hatte. Eine gleich hohe Strafe beantragte der Staatsanwalt am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Achim, bei dem der Angeschuldigte gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Das Gericht konnte sich aber nicht davon überzeugen, daß ein Blumenverkauf und eine Geldsammlung, die nach dem hannoverschen Gesetz von 1847 der polizeilichen Genehmigung bedarf, gleichbedeutend seien. Das Urteil lautete daher auf Freisprechung.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Vom Dampfer „Imatra" . . . . . 3,00 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Am **Dienstag, dem 24. September,** vormittags von 8 bis 10 Uhr, werden **an der Holstenbrücke**

150 bis 200 Stg.

lebende Butt

vom Boot aus verkauft werden.

Lübeck, den 23. September 1912.

3550 **Das Polizeiamt.**

Komitee- und Kommissionssitzungen

Gewerkschafts-Vorstände und Kartelldelegierte!

Heute Montag, 23. Septbr.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

Beratung des neuen Kartellregulativs.

3548) **Die Kartellkommission.**

Ein kräftiger Junge angekommen.

Dies zeigen an (3547

Heinrich Börjesson und Frau Dora, Rotebeck.

Am Sonnabend mittag entschlief sanft nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter

Maria Schwarz, geb. Hübenbecker,

im 43. Lebensjahre. Tief betrauert von den Ihrigen.

Adolf Schwarz und Familie.

Lübeck, den 21. September 1912.

Bei St. Johannis 4.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 25. September, nachmittags 3¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt. 3536

Sonntag nacht 11½ Uhr entschlief sanft und ruhig nach schwerem Leiden, in ihrem 39. Lebensjahre, meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Bertha Kurtz, geb. Leez.

In tiefster Trauer

Alexander Kurtz u. Familie.

Lübeck, Kerkringstr. 32.

Beerdigung Donnerstag. Beginn der Feierlichkeiten 2¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (3546

Freitag nachmittag 4½ Uhr erlöste ein sanfter Tod meine liebe Frau, unsere gute unvergeßliche Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Maria Dorothea Elisabeth Meetz, geb. Stadtländer

von ihrem langen schweren Leiden.

Dies zeigen tiefbetrübten Herzens an **W. Meetz u. Familie.** (3540

Die Beerdigung findet am Dienstag mittag 12¾ Uhr vom Trauerhause, Arnimstr. 24, nach dem Allgemeinen Gottesacker (Burtor) statt.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 21. d. M., starb unser Mitglied

Elise Holst.

Ehre ihrem Andenken.

Beerdigung findet am Dienstag, dem 24. September, nachm. 2 Uhr, in Rensefeld statt.

3549) **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiterinnen

gesucht.

Fischkonserven-Fabrik

Heinr. Ihde Nachflg.,

Töpferweg 63. (3497

---

3 Mädchen zur Erlernung d. **Damenschneiderei** z. sof. u. später ges.

3542 Lindenstraße 21—21a. I.

Futterkartoffeln zu kaufen gesucht.

Frau Eckhof, Schwartau,

3551) Lübecker Straße 23, I

Bekanntmachung!

Infolge fortwährender Preissteigerung der Rohmaterialien sehen die Schuhmacher sich veranlasst, die Preise ihrer Arbeiten dementsprechend zu erhöhen.

An das verehrliche Publikum Lübecks und der Umgegend ergeht hierdurch die höfliche Bitte, hiervon Kenntnis zu nehmen. 3543

Die Schuhmacher Lübecks.

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig** pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeck'scher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

80000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer **„Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellschein

Best. ausfüllen und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 Mk. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.

Wöchentlich ist eine Lieferung zuzustellen.

Dasselbe. Komplett in 1 Band für M. 6.—

(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: ____________

Genaue Adresse: ____________

Ein kleiner **Küchenschrank** und ein **Kinderklappstuhl** zu verkaufen.

3529) Ludwigstraße 15, II.

Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. (3531

Langer Lohberg 35, Hinterhaus.

Eine **Bettstelle,** gutes **Bettzeug,** ein **Tisch** und ein dreifarbiges **Meerschweinchen** zu verkaufen.

3532) Marlistraße 29a.

Guter Kinderstuhl zu verkaufen.

3528) Kleine Petersgrube 2, III.

Kürbis billig zu verkauf.

3527 Marlistr. 89, III

Zu verkaufen Sofa, Vertiko, Hängelampe, dopp. Petroleumkoch, Bilder, Spiegel u. vieles mehr

Kottwitzstraße 24,

3539 2. Etage, rechts.

---

3 Stck kräftige Ferkel 5 bis 6 Wochen alt, zu verkaufen.

3489) **H. Lange, Mori.**

Verloren eine blaue **Arbeitshose** von Travemünde bis Hansestraße. (3545

Abzugeben Hansestraße 11a.

Hiermit erlaube ich mir ganz ergebenst, dem verehrten Publikum die Mitteilung zu machen, daß ich am 15. d. Mts. das Restaurant des Herrn **Paul Weinrich,** Wickedestr., käuflich erworben habe und bitte freundlichst das meinem Vorgänger bewiesene Wohlwollen und Vertrauen auch auf mich zu übertragen.

Indem ich mich dem geehrten Publikum bestens empfehle, zeichne ich ergebenst

Johs. Brügmann,

Restaurant „Zur gemütlichen Ecke".

Lübeck, im September 1912. (3544

HANSA-THEATER.

Ab Mittwoch, dem 25. September 1912, abends 8½ Uhr:

Gastspiel Otto Reutter, des größten, weltberühmtesten Humoristen.

Preise der Plätze: Loge Mk. 4, Fauteuil Mk. 3, Sperrsitz Mk. 2, Parkett u. Seitenparkett Mk. 1.50, sämtliche andern Preise wie gewöhnlich. Vorzugskarten ungültig. (3517

Ferner das große Spezialitäten-Programm.

Kretons Wunderhunde — Maxims kolossale Affendressuren etc.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:

Gr. Fremden- u. Volksvorstellung

Abends 11 Uhr: **Kabarett.** Entree frei.

Gute Weine! Neue erstklassige Kräfte! Gute Weine!

Die ganze Nacht geöffnet!

Johs. Freyholz

Aparte Geschenke für alle Feste,

Geburtstage, Verlobungen, Hochzeiten, Jubiläen etc.

Kegel- und Schießpreise,

Sportprämien, (2154

Vereinsgewinne,

Reise-Erinnerungen.

Stets Neuheiten für Luxus und Gebrauch.

Breitestr. 53

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.

59) **Carl Heynert, Lübeck,**

Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Uhren 3339

Goldene Trauringe, Myrtenkränze.

H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., ob. Johannisstr. 20

Ausgekämmtes Haar

wird gekauft **Damen-Frisier-Salon,**

3196) Breite Straße 54.

F. Stamer, Klempnermeister

3530) **St. Annenstraße 18.**

Bauklempnerei. Anlage von Gas- u. Wasserleitung. Reparaturwerkstatt.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.50** Mk. (3541

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 24. Septbr.

abends 8½ Uhr

im Vereinslokal, **L. Paetau, Fackenburg.**

3528) **Der Vorstand.**

Achtung Schneider!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 25. Sept.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über den Reichstarif. Referent: Kollege Weicker-Berlin.
2. Bericht über die Sitzung mit dem Arbeitgeberverband.
3. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

3535) **Die Ortsverwaltung.**

Nachdem die Stadthalle aus dem Betriebe des Stadttheaters ausgeschieden ist, sei hiermit ergebenst zur Kenntnis gebracht, daß die Vorstellungen für die laufende Saison ausschließlich im Neuen Stadttheater stattfinden werden. 3533

Die Direktion des Neuen Stadttheaters.

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 24. September.

8. Vrst. i. D.-Ab. 2. Vrst. i. Dienstg-Ab.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.

Figaros Hochzeit.

Komische Oper von Mozart.

Große Preise.

Mittwoch, den 25. September.

Außer Abonn. Außer Abonn.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Der Waffenschmied.

Komische Oper von Lortzing.

Mittelpreise. 3534

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 223. Montag, den 23. September 1912. 19. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, den 20. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Haase eröffnet die Sitzung.
Das Schlußwort zum Punkt

Bericht der Reichstagsfraktion

erhält

Stadthagen: In der Frage der Doppelkandidaturen hat Bebel schon die Stellung der Fraktion gekennzeichnet. Ein Antrag will, daß wir die Aufhebung des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes beantragen sollen. Dieser Wunsch ist von der Fraktion bereits erfüllt. Dasselbe trifft zu für einen Antrag aus Bochum-Gelsenkirchen auf Einbringung eines Antrages betr. das Reichstagswahlrecht z. B. Verlegung der Wahlen auf den Sonntag. Auch dieser Antrag ist so vernünftig, daß die Fraktion ihn schon vorausgeahnt hat. (Heiterkeit.) In der Sache Landsberg bitte ich dem Antrag Rummel und Gen. zuzustimmen, der den Antrag von Berlin VI auf Verurteilung Landsbergs für erledigt erklärt in Rücksicht auf die bereits erfolgte Stellungnahme der Magdeburger Parteiorganisation, die den Beschluß der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an höfischen Kundgebungen entspricht. — Eine besondere Stellungnahme zur Todesstrafe bloß wegen der Berufung des Prof. Kahl auf die Stimmung des Volkes ist ganz überflüssig. Die Stimmung des Volkes muß Prof. Kahl nach der Stellungnahme des Mannheimer Parteitags ohnehin kennen. Die Aussprache über die sog. Sonderkonferenzen hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß niemand behauptet hat, daß die Eisenacher Konferenz anders verlaufen ist, als Hoch es dargestellt hat. Die vollständige Verzerrung durch das Magdeburger Blatt ist richtig gestellt worden. Es ist allgemein ausgesprochen worden, daß selbstverständlich solche Konferenzen niemals die Beschlüsse von Organisationen ersetzen und auf Zersplitterung der Partei hinarbeiten. Ebenso erfreulich ist, daß gestern festgestellt ist, daß unverbindliche Aussprachen, die zur Verständigung der Genossen dienen, allerdings unter Umständen notwendig sind. Da über die Resolution Sindermann nur Bebel gesprochen hat, müssen wir seine Ausführungen als Grundlage der Auslegung dieser Resolution nehmen. Er hat ausdrücklich betont, es sei unmöglich, ein Verbot der Sonderkonferenzen auszusprechen. Es erhebt sich sonst sofort die Frage: wann bezeichnet man eine Zusammenkunft als Sonderkonferenz. Mit Recht ist gestern schon betont worden, die „Soz. Monatshefte" seien eine Art schriftliche Sonderkonferenz. (Lachen.) Ebenso könnte man jeden Tee- oder Bierabend als Sonderkonferenz stempeln. Andrerseits ist es ganz selbstverständlich, daß, wenn befreundete Genossen zusammenkommen, sie sich auch über Parteiangelegenheiten unterhalten. Es ist z. B. unmöglich, zu verbieten, daß Diskutierabende stattfinden. Nur dürfen solche Zusammenkünfte nicht in das Recht der Organisationen eingreifen und dürfen nur dazu dienen, die Einheit der Partei zu fördern. Sie müssen unverbindliche Aussprachen bleiben. Daher ist es am besten, daß, wie es der Antrag Sindermann will, über alle Anträge zur Tagesordnung übergegangen wird. Bebel hat in seiner Begründung des Antrags Sindermann ausdrücklich ausgeführt, man könne unmöglich Sonderkonferenzen verbieten. Mit Rücksicht darauf haben die Antragsteller des Antrags auf Ablehnung der Anträge gegen die Sonderkonferenzen ihren Antrag zurückgezogen. Also es sollen Sonderkonferenzen nur dann zugelassen sein, wenn sie im Interesse der Einheit der Partei von den betreffenden Teilnehmern für notwendig gehalten werden. Ein weitergehendes Verbot von Bierabenden und ähnlichem würde den Parteigenossen eine Schweigepflicht auferlegen, die geradezu unsinnig wäre. — Zu der tatsächlichen Lage im Reichstag nur ein Wort. In der vorigen Session hatte die Linke nur zwei Mitglieder mehr, während jetzt die Linke der Fraktion 60, die Rechte einige 30 Mitglieder zählt. Das nur zur Steuer der Wahrheit. Ich bitte Sie also, die Resolution Sindermann anzunehmen. Sollten Sie allerdings der Ansicht sein, daß die Resolution eine Art Verbot der Sonderkonferenzen ausspricht, obgleich das in ihr nicht gesagt ist, so möchte ich Sie dringend bitten, alle Anträge abzulehnen. Klar ergibt sich aus der gestrigen Debatte, daß der Parteitag gegen Konventikel ist, die nur aus parteischädigender Eitelkeitsmacherei entspringen. —Redner geht des weiteren auf einige an die Fraktion gerichtete Wünsche ein und schließt mit der Aufforderung, in der Agitation nicht zu erlahmen und so die Macht der Sozialdemokratie und damit auch ihre parlamentarischen Vertretungen verstärken. (Beifall.)

Vors. Haase verliest im Hinblick auf die Ausführungen Stadthagens im Schlußwort über die Äußerungen Bebels zur Frage der Sonderkonferenzen Bebels Ausführungen im Wortlaut (vergl. den gestrigen Bericht).

Sindermann-Dresden: Der Zweck der Antragsteller war, Sonderkonferenzen zu verhüten. Das ist umsomehr notwendig, als sonst das Beispiel, das oben gegeben wird, auch Eingang findet in die Bezirks- und Wahlkreisorganisationen. (Sehr wahr!)

Stadthagen und Ledebour beantragen im Hinblick auf diese Erklärung Sindermanns die Debatte als wieder eröffnet zu erklären. (Zustimmung und Widerspruch.)

Hoch: Wir haben unsere Resolution zurückgezogen zu Gunsten des Antrags Sindermann, weil dieser nach Bebels Ausführungen ein Appell an die Genossen sein sollte, nicht weiter zu gehen mit Konferenzen, als es im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei geboten ist. Was Sindermann heute sagte, hätte er gestern ausführen müssen.

Vors. Haase: Für die Auslegung des Antrags Sindermann kann nur sein Wortlaut in Betracht kommen und das, was in der Debatte über ihn gesagt worden ist. (Sehr richtig!)

Dr. Frank-Mannheim: Sindermann hat zweifellos das Recht, im Namen der Antragsteller das zum Ausdruck zu bringen, was der Antrag beabsichtigte, wenn der Berichterstatter in seinem Schlußwort nach Ansicht der Antragsteller ihnen durch Interpretationskunststücke andere Absichten untergelegt hat. (Sehr richtig!) Stadthagen hat in seinem Schlußwort den Nachdruck darauf gelegt, daß zur Tagesordnung über die andern Anträge, die Sonderkonferenzen verurteilen, übergegangen werden soll, während den Antragstellern vor allem darauf ankam, eine Willenskundgebung des Parteitags zustande zu bringen dahin, daß er den dringendsten Wunsch äußert, daß die Sonderkonferenzen aufhören sollen. Damit hat auch Wurm gestern die Zurückziehung des Antrags begründet. Es heißt der Partei einen schlechten Dienst erweisen, wenn man im Moment, wo wir den Willen zur Einheit bekunden wollen, gleich Hintertüren öffnet, um Sonderkonferenzen wieder zu ermöglichen. (Lebh. Sehr richtig!)

Molkenbuhr betont, daß nur der Wortlaut und die Begründung Bebels für den Sinn des Antrags Sindermann maßgebend sein könnten, aber nicht das, was nachher versucht worden sei in ihn hineinzulegen.

Stadthagen bestreitet, dem Antrag einen andern Sinn untergelegt zu haben; er habe auch nur gebeten, ihm im Sinne der Ausführungen Bebels zuzustimmen.

In der Abstimmung wird der Antrag Sindermann mit übergroßer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen 5 Delegierte, darunter Ledebour. (Heiterkeit.)

In der Angelegenheit Landsberg wird der Antrag Rummel angenommen. Einige andere Anträge werden der Fraktion überwiesen. Angenommen wird der Antrag gegen die Todesstrafe.

Es folgt der Punkt

Imperialismus.

Berichterstatter Haase: Das Schlagwort Imperialismus ist heute eines der häufigsten. Zum Teil versteht man darunter ein Reich, das so ausgedehnt ist, daß es alle Roh- und Industrieprodukte, die es braucht, selbst produzieren kann. Das sind Phantasieprodukte. In England verstand Chamberlain unter Imperialismus den Zusammenschluß aller zum englischen Reich gehörigen Teile zu einem wirtschaftlichen und politischen Ganzen. Dieser Imperialismus Chamberlains ist gescheitert. Heute versteht man unter Imperialismus das Streben nach Gewinnung neuer Macht- und Einflußsphären in andern Ländern, nach Hinausschiebung der eigenen Staatsgrenzen und Angliederung von Teilen anderer Länder. Dieser Imperialismus entspringt aus der ökonomischen Struktur der großkapitalistischen Staaten. Der Weltverkehr ist in einer rapide steigenden Entwicklung begriffen; ich erinnere nur an die Bagdadbahn, den Panamakanal. Während so alles danach strebt, sich auszubauen — Cecil Rhodes hat das Wort geprägt: Ausdehnung ist alles — da erheben sich in Deutschland diejenigen, die heute den Imperialismus der Schwerindustrie und des Finanzkapitals ganz besonders befürworten, unsere Agrarier, und bekommen einen Schreck bei dem Gedanken, daß der Imperialismus, den sie ganz anders ausgelegt haben, dahin führen könnte, daß aus fremden Ländern nach Deutschland Getreide, Nahrungsmittel eingeführt werden und damit der bestehende Notstand gemildert werden könnte. Durch den Imperialismus werden die rückständigsten Länder hineingezogen in die industrielle Entwicklung. Bei diesen Ausdehnungsbestrebungen weicht der Kapitalismus vor den brutalsten Gewaltmitteln nicht zurück, wie die Kolonialgreuel in Peru aufs neue bewiesen haben. Das Symbol unserer imperialistischen Politik ist die gepanzerte Faust geworden. Aber nicht absolutistische Neigungen des deutschen Kaisers etwa sind die Ursachen des Imperialismus, sondern dahinter stecken ökonomische Ursachen, eine neue Phase des Kapitalismus. Wenn die Staaten aber ihr Streben, sich auszudehnen, mit Erfolg betätigen wollen, sind sie gezwungen, ihre Macht zu stärken. Daraus entspringen die immer vermehrten Heeres- und Flottenrüstungen. Der Kampf gegen dies Wettrüsten ist naturgemäß ein sehr schwerer, aber er ist nicht aussichtslos. (Sehr richtig!) Hat doch selbst die englische Regierung den Versuch gemacht, zu einer Verständigung mit Deutschland über die Herabsetzung der Rüstungen zu kommen. Das beweist klar, daß diese immer weitergehenden Rüstungen nicht eine Lebensfrage der Nationen sind. Die Frage zu entscheiden, in welcher Form die Rüstungsbeschränkung erfolgen kann, können wir den Regierungen überlassen. Jedenfalls war unser Antrag auf Abrüstung durchaus richtig und das Volk hat ihn verstanden. (Lebh. Zustimmung.) Eine solche Verständigung muß umsomehr möglich sein, als zwischen den großen Kapitalmagnaten eine internationale Solidarität besteht. Das Marokkoabkommen war vor den diplomatischen Abmachungen bereits festgelegt durch die Großkapitalisten Krupp und Creusot. Und neben dieser Solidarität des internationalen Kapitals steht die viel fester verankerte Solidarität der international verbrüderten Arbeiter. (Lebh. Beifall.) Der Weltfrieden ist das Ideal der Proletarier aller Länder. (Erneuter lebh. Beifall.) Wir haben umsomehr Anlaß, den Imperialismus zu bekämpfen, als dieser Imperialismus immer mehr Macht verleiht den industriellen Scharfmachern, die unsere bösartigsten Feinde sind. In ihrem Interesse liegt auch das Zollschutzsystem, das zur Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter führt. Unsere Aufgabe gegenüber all diesen Bestrebungen muß es sein, die internationalen Beziehungen der Arbeiter zu pflegen und ihre politischen und anderen Organisationen auszubauen. Durch den Imperialismus wird der Kapitalismus zur höchsten Stufenleiter entwickelt. Es ist dann diese Wirtschaftsweise reif, einer andren Platz zu machen, der sozialistischen. Das Proletariat ist als Erbe des Kapitalismus berufen und es wird die Erbschaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaft unter dem Banner des herangereiften, aufwärts gestiegenen Proletariats gedeihen werden Frieden, Freiheit, Selbständigkeit und Wohlfahrt aller Völker. (Stürmischer Beifall.)

Zur Debatte steht die bereits mitgeteilte Resolution Haase.

Lensch-Leipzig wünscht, daß solche Resolutionen wie die zur Frage des Imperialismus schon vier bis sechs Wochen vor dem Parteitag vorgelegt werden, damit eine

---

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(28. Fortsetzung.)

„Sieh, Max," begann sie endlich, ihre Hand sinken lassend und das Auge, in dem sich Innigkeit mit einem Ausdruck von Trübsinn seltsam mischte, zu ihm aufschlagend, „Du bist der einzige auf meinem ganzen Lebenswege, der mir eine Teilnahme gezeigt hat, die nicht zumeist nur der eignen Selbstsucht diente, und darum will ich gegen Dich so wahr sein, als ich es nur gegen mich selbst sein könnte. Was mich herüber in die neue Welt gebracht," fuhr sie nach einem kurzen Atemzuge fort, „ist eine einfache Geschichte, wenn sie auch nicht zu den gewöhnlichen gehört. Ich war kein Mädchen wie andere; ich mochte nicht still sitzen, nicht nähen und nicht kochen, wollte nichts als leichtfertige Dinge treiben, Schauspiele lesen, singen, musizieren und deklamieren, und meine Jugend war durch die Zwangsmaßregeln, die mich zu einem „ordentlichen Frauenzimmer machen sollten, so trübe, als sie nur sein konnte. Den einzigen Lichtpunkt darin bildete meiner Mutter Bruder, ein alter Junggeselle und leidenschaftlicher Musiker, der einzige, der mit mir in meinen Neigungen sympathisierte. Er brachte mir die Anfangsgründe der Musik bei, begann trotz meiner Jugend mit mir einen regelrechten Kursus im Singen und ließ mich zwischen seinen vier Wänden meinen Leidenschaften nach Herzenslust nachhängen. Aber er ging, noch ehe ich erwachsen war, zur Verbesserung seiner Lage nach Neuyork — er war es, den ich dort zu finden gehofft und der mir auch durch einzelne Andeutungen den ersten Gedanken eingegeben, mich aus der beengenden Welt, wie sie mich drüben umgab, hierher zu retten, wo für jedes Talent und jedes redliche Streben sich freier Raum findet. Und ich führte den Gedanken aus, als mein Vater gestorben war, als meine Mutter jeden Augenblick freier Zeit zur notwendig gewordenen Erwerbung des Lebensunterhaltes forderte. Ich hatte bis dahin, trotz des Widerstrebens meiner Eltern, meine Gesangstudien fortgesetzt, hatte jeden von meinem Toilettengelde ersparten Groschen für Lektionen ausgegeben und daneben mir die notwendige Kenntnis der italienischen und französischen Sprache verschafft. Ich hoffte sicher, wenn auch nicht als Künstlerin, so doch als Lehrerin meinen Unterhalt zu verdienen, und glaubte daneben Kraft genug zu haben, um auch im schlimmsten Falle selbständig für mich bestehen zu können. Aber ich habe lernen müssen, daß es das größte Verbrechen einer Frau ist, nicht nur Frau, sondern Mensch im allgemeinen sein zu wollen, zu dessen Bestrafung sich jeder, Mann wie Frau, gleich berufen fühlt.

„Als ich in Neuyork einsah, daß unser beider Wig nicht zusammengehen könne," fuhr sie, einen Moment das Auge senkend fort, nahm ich den Vorschlag an, einer sogenannten italienischen Operngesellschaft, welche sich zu einer Tour nach dem Süden rüstete, beizutreten. Derselbe Agent, den Du hast kennen lernen, war es, der mich in unserm Boardinghause hatte singen hören und mich zu dem Direktor geleitete. Ich sang vor diesem — Arien, die ich längst während meiner Studien durchgeübt, und ward angenommen; das erste Konzert fand statt, ich erlangte mit einigen gut einstudierten Piecen einen größeren Erfolg, als ihn wahrscheinlich die Gesellschaft bis dahin gehabt, und von diesem Augenblicke an beginnen meine Erfahrungen. Ich hatte es verschmäht, mich unter den Schutz der einzigen verheirateten Frau in unserer Truppe zu begeben, lebte und studierte für mich, und jeder meiner Schritte ward von dem weiblichen Personale mit Achselzucken und halblauten Bemerkungen begleitet. Das verachtete ich und ging mit tauben Ohren meinen Weg weiter. Bald aber begann sich eine eigentümliche Veränderung in dem Wesen der Männer zu zeigen. Der Direktor hatte schon nach den ersten Abenden seiner höflichen Amtsmiene eine wunderliche Süßigkeit beigemischt; er schien sich über ein Kostüm meiner Wahl begeistern zu können, und bei nötigen Bemerkungen kaum den Ton rücksichtsvoll genug treffen zu können; ich hatte indessen schon am ersten Tage des Mannes aufrichtige Begeisterung für die Kunst kennen lernen — sie ist eine Art Steckenpferd für ihn, dem er wohl selbst einen Teil des Vermögens, das er besitzt, opfern würde, und schrieb sein Benehmen ebenso dieser Eigentümlichkeit wie seiner wohl etwas französischen Erziehung zu. Daneben schien der Agent — der mit uns immer etwas von oben herab verkehrte, wie der Geldmann, an welchem das Heil von uns armen Vagabonden hing — mich plötzlich mit besonderen Augen zu betrachten. Seine anfängliche Protektormiene wich einer leichten Umgangsweise, welcher sich indessen bald eine Art Vertrautheit in seinem Tone beigesellte, zu welcher ich ihm am wenigsten ein Recht gegeben, die aber auch keinen rechten Halt für eine Zurückweisung bot. Ich regelte mein Benehmen ihm gegenüber noch strenger als bisher, ohne dadurch indessen eine andere Wirkung zu erzielen, als daß er sich eines Tags lächelnd nach mir bog und halblaut sagte: „Sie spielen die Spröde, Miß, und es steht Ihnen allerdings entzückend; ich denke indessen, wir werden uns bald besser verstehen!" Ich hatte diesmal ein passendes Wort für ihn auf der Zunge, aber er hatte sich weggewandt, ohne meine Entgegnung abzuwarten.

„Das veränderte Benehmen beider Männer gegen mich war schnell genug in dem übrigen Kreise bemerkt worden, und ich konnte in den Mienen und der Begegnungsweise meiner Umgebung nur zu gut wahrnehmen, welche Art von Betrachtungen darüber angestellt wurden; fast schien es mir aber, als sei erst dadurch unser Bariton ermutigt worden, mir Aufmerksamkeiten zu widmen, die in seiner gebundenen Stellung schon an sich Beleidigungen waren, und trotz der entschiedensten Zurückweisung mich auf Tritt und Schritt mit seiner süßschmachtenden Miene zu verfolgen. Heute aber erst, wo er sich, dem Dufte nach, einmal wieder durch eine Quantität Grog auf die gehörige Gefühlshöhe für die Vorstellung gebracht, ist er soweit gegangen, wie Du es gesehen — mag er indessen jetzt beiseite bleiben, ich habe noch der beiden vorigen zu erwähnen. — Es war vorgestern, und wir befanden uns auf der Fahrt von Louisville hierher. Außer den Damen unserer Gesellschaft, welche immer zeitig ihr Bett suchen, war fast kein weiblicher Passagier auf dem Dampfboote, und ich saß abends noch allein im Dammensalon, allerhand Träumereien hingegeben. Da kam der Direktor an und bat, noch ein Viertelstündchen mit mir plaudern zu dürfen; ich mochte es nicht abschlagen, so gewiß ich auch war, dadurch einen neuen Stoff zu heimlichen Klatschereien zu geben, und mit einem förmlichen, fast ehrerbietigen Wesen trug er sich einen Stuhl in meine Nähe. Es war nichts mehr und nichts weniger als ein Heiratsantrag, welchen er mir machte. Er zog Papiere aus der Tasche, um mir nachzuweisen, daß er nicht an unser jetziges Unternehmen gebunden sei, sondern ein Vermögen besitze, das ihm genug zum Unterhalt abwerfe; setzte aber hinzu, daß er sehnlichst wünsche, an meiner Seite der Kunst dienen zu dürfen, bis ich selbst den Geschmack an ihrer Ausübung verlieren würde. Seine ganze Rede war so würdig und gehalten, jedes Wort atmete so viel Achtung gegen mich, daß ich mich nicht nur nicht beleidigt fühlen konnte, sondern daß ich ihm nicht einmal, obgleich mein Auge auf sein ergrautes Haar fiel, durch eine schroffe Abweisung wehe tun mochte. Ich sagte ihm, daß ich noch nie an einen Schritt, wie er ihn mir vorgeschlagen, gedacht habe, daß er selbst wohl auch besser tue, mich erst längere Zeit kennen zu lernen, und daß wir beide für die nächste Zeit sein Wort lieber als noch nicht gesprochen ansehen wollten. Er reichte mir, ohne durch eine Miene seine Täuschung zu verraten, mit einer Verbeugung die Hand. „Mein Wort ist gesprochen, Mademoiselle", sagte er, „und es wartet Ihrer Entscheidung, mögen Sie diese nun jetzt oder erst zu späterer Zeit geben!"

Am nächsten Abend erreichten wir St. Louis, der vorausgegangene Agent erwartete uns, und ich konnte es nicht hindern, daß er die übrigen den Aufwärtern im Hotel überließ, mit mir aber selbst ging, um mir mein Zimmer zu bezeichnen. „Ich muß einige Worte von Wichtigkeit zu Ihnen reden, Miß, ehe ich wieder abreise, lassen Sie mich fünf Mi-

ausführliche Debatte in der Parteipresse ermöglicht wird, und bedauert, daß Rosa Luxemburg und Kautsky durch Krankheit an der Teilnahme an dieser Debatte verhindert sind. Wir stehen heute erst am Anfang der Debatte über den Imperialismus. Das Hauptbedenken habe ich gegen den Passus über die Abrüstungsfrage. Ein vorübergehendes Abkommen zweier Staaten über Rüstungspolitik halte ich für durchaus möglich; für eine Utopie aber eine allgemeine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung. Wie ist es denn zu der allgemeinen Aufrüstung gekommen? Liegt etwa hier ein Fehler der Weltgeschichte vor und sind wir berufen, gewissermaßen die Hefte der Weltgeschichte zu korrigieren, ihre Fehler rot anzustreichen und zu sagen, wir erwarten in Zukunft bessere Leistungen. (Heiterkeit.) Haase hat ja selbst nachgewiesen, daß das allgemeine Wettrüsten eine notwendige Begleiterscheinung der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz der Völker sei. Das ist auch bisher stets die Ansicht der Sozialdemokratie gewesen. Nun sagt man, es seien Gegentendenzen vorhanden, die wir unterstützen sollten. Davon steht aber in der Resolution nichts. Und in der Tat sind wir selbst die wirklichen revolutionären Gegentendenzen zum Imperialismus. Die Vorschläge der englischen Regierung auf Einschränkung der Rüstungen erklären sich aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie ist in der Situation der Rentier, der nur den Wunsch hat: ach wenn es doch immer so bliebe. Die englische Bourgeoisie will die kapitalistische Entwickelung an den Rockschößen packen und zurückdrängen, während wir sie von vorn angreifen und über sich selbst hinaustreiben wollen. Wir als Vertreter des internationalen Proletariats haben keinen Anlaß für die Verewigung der Suprematie Englands mit seiner Seemacht einzutreten. Der Weg, den der Kapitalismus hier wie überall geht, ist uns zwar äußerst unsympathisch, er geht über Blut und Leichen, aber er mündet doch schließlich ein in den Sozialismus. (Die Redezeit wird auf eine halbe Stunde verlängert.) Am letzten Ende muß der Kapitalismus doch für uns arbeiten, selbst durch das Wettrüsten. Er schafft damit die Voraussetzung für unsere Miliz, die Abrüstung würde zum Praetorianertum führen. So oder so, das Reich muß uns doch bleiben. Wir haben auch dem Imperialismus gegenüber nur die eine Aufgabe zu agitieren und zu organisieren. Er wird große Massenkämpfe und Konflikte heraufbeschwören, die die höchste Einsicht von den Parteigenossen verlangt. Darauf gilt es uns zu rüsten. Bauen wir unsere Organisation aus, denn bereit sein ist alles. (Lebh. Beifall.)

Eduard Bernstein: Es liegt mir daran, daß die Resolution Haase nicht nur angenommen, sondern als besonders eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie, also möglichst einstimmig angenommen wird. Als ich im Reichstag einmal eine Flottenvorlage bekämpfte, sagte ein sehr sympathischer Führer der Freisinnigen, Gothein: Was Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort, aber wir bewilligen die neuen Schiffe, weil wir sie für notwendig halten. Ist denn nun wirklich die Rüstungsvermehrung eine politische Notwendigkeit, muß die Expansion wirklich zum Wettrüsten führen? Ich meine nicht, die Streitigkeiten der Völker können anders geschlichtet werden als durch die Rüstungen, durch Schiedsgerichte. Das einzige, was ich in der Resolution Haase vermißt habe, ist der Hinweis auf die Schiedsgerichte. Aber hoffentlich wird die Rede Haases als Broschüre verbreitet, damit sie Gemeingut aller Genossen wird. Wir haben heute Protest gegen das Kriegswettrüsten und gegen die Schutzzölle einzulegen und die internationale Solidarität der Arbeiter und des größten Teils der Bürger an der Erhaltung des Friedens zu betonen. Wir haben für den Frieden zu manifestieren. Lensch muß ich in vielem entschieden widersprechen. Er hatte Unrecht, die Abrüstungsvorschläge in England ausschließlich auf egoistische Interessen der Bourgeoisie zurückzuführen. Campell Bannerman hat sofort nach seinem Regierungsantritt die Abrüstung betrieben, derselbe Mann, der sich gegen den Burenkrieg erklärt hat. Auch Cobden hat viel internationaler gedacht, als es Lensch dargestellt hat. Deutschlands Industrie hat sich glänzend entwickelt, ehe wir Kolonien hatten, ehe wir die Flotte so vermehrt hatten. Die Abrüstung ist keine Utopie; wir kommen auch ohne die Überspannung der kapitalistischen Entwicklung zum Ziel. Wir wollen bewußt eingreifen in diese Entwicklung zum Zweck der Förderung der Kultur. Wir halten das Wort hoch, das das Zentrum verraten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Das wollen wir erreichen durch internationale Verständigung der Völker, durch Abrüstung. Die deutsche Arbeiterschaft wird alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Wir betrachten den Imperialismus als eine unvermeidliche Konsequenz des Kapitalismus; die ganze Bourgeoisie tritt für diese Politik ein. Es ist nur eine Interessenpolitik für die Großkapitalisten, aber im übrigen eine Ideologie der ganzen Bourgeoisie, die eben notwendig aus den ökonomischen Verhältnissen stammt. Es wäre ganz unmarxistisch anders zu denken. Aus diesem Grunde halten wir es für utopistisch, eine Abkehr des Kapitalismus von diesem Wege zu erwarten. In bezug auf den Abrüstungsvorschlag der englischen Regierung kann ich Lensch nur zustimmen. England hat bei dem Wettrüsten nur zu verlieren. (Bernstein: Ohne das noch mehr!) Wir betonen die Unvermeidlichkeit des Imperialismus nur, um danach unsern Kampf gegen ihn einzurichten. Man sagt, nun sollen wir die Massen einfach vertrösten auf den Zukunftsstaat? Nein, wir sollen den Kampf für den Sozialismus ständig weiter führen. Wir müssen die Köpfe revolutionieren, um sie für immer stärkere Massenaktionen bereit zu machen. In diesen Massenaktionen vereinigt sich der Kampf für Augenblicksziele — ich erinnere an die Aktionen gegen die Teuerung — wie der Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. (Bravo!)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über den Imperialismus wird fortgesetzt.

Grumbach-Kolmar: Die Debatte ist interessant, aber rein theoretisch. Ich meine, wir haben alle Tendenzen für den Frieden zu unterstützen. Die international verbrüderte Arbeiterschaft ist das stärkste Bollwerk für den Frieden, ihre Kraft hat sogar den Glauben an die Macht des Militarismus soweit erschüttert, daß die Herrschenden nicht mehr ganz sicher sind, ob er ganz in ihrem Sinne funktionieren wird. Das international investierte Kapital fördert auch das Bedürfnis nach Frieden. Auch das Finanzkapital hat kein Interesse am Wettrüsten, höchstens das Kapital, das in der Kriegsindustrie steckt; in dieser Beziehung hat Pannekoek vollständig Unrecht. Das Wettrüsten ist nicht unvermeidlich, es ist eine Naturnotwendigkeit. Wir können es bekämpfen, ohne als Ideologen zu erscheinen. Praktisch wäre für die deutsche Sozialdemokratie die Befolgung des Standpunktes von Pannekoek und Lensch eine Unmöglichkeit. Wir können die Abrüstung nicht fallen lassen, wir würden der Internationalität damit, wie uns einen sehr schlechten Dienst leisten. (Beifall.)

Dr. Karl Liebknecht: Zwischen Kautsky einerseits und Lensch und Pannekoek besteht ein Gegensatz, aber er ist nicht so tragisch zu nehmen. Lensch und Pannekoek haben den marxistischen Gedankengang nicht zu Ende gedacht, sondern sind auf halbem Wege stehen geblieben. Alle diese Fragen sind schon auf zwei internationalen Jugendkongressen eingehend besprochen worden. Der Imperialismus ist ein kapitalistisches Geschäft und unsere Tätigkeit erhöht für die Kapitalisten das Risiko einer kriegerischen Verwicklung derartig, daß sie sich scheuen, den internationalen Konkurrenzkampf durch einen Krieg zu unterstützen. Mit dieser unserer Verhinderungspolitik geben wir nicht einen einzigen marxistischen Grundsatz auf. Das beste Mittel für den Frieden ist unser Klassenkampf, und wir haben heute nur nötig, von neuem eine laute Manifestation für die internationale Solidarität zu veranstalten. Wir Arbeiter aller Länder, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Lebh. Beifall.)

Cohen-Leipzig: Die Idee der allgemeinen Abrüstung war früher in der Internationale nicht vertreten. Auch Bebel hat noch vor kurzem gesagt, nicht Abrüstung lautet die Parole, sondern Aufrüstung. Wenn England und Deutschland sich zu verständigen suchen, dann doch nur, um desto eher in der Lage zu sein, gemeinsam andere Konkurrenten auszuschalten, worin nur der Keim zu noch größeren Katastrophen liegt. Auch Schiedsgerichte werden einen Weltkrieg nicht verhindern können. Haase hat keinen Beweis für seine Behauptung angeführt, daß in unserer Bewegung Gegentendenzen liegen, die einen Weltkrieg verhindern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Dr. Quessel-Darmstadt: Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Übereinstimmung mit Lensch und Pannekoek insofern auszudrücken, als auch ich meine, daß das, was heute zu dem Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur der Anfang dieser Diskussion sein kann. Ich vermisse in der Resolution das Verlangen der handelspolitischen Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt, eine Forderung, die Bebel auf einem früheren Parteitag unter dessen stürmischen Beifall aufgestellt hat. Die Statistik beweist, daß die „offene Tür" allein das nicht leistet, was man von ihr erwartet hat. Trotz der offenen Tür können wir z. B. in Britisch Indien nicht eindringen, weil uns allein die englische Herrschaft daran hindert. (Ledebour: Welches Mittel haben Sie denn?) Ich habe das Mittel noch nicht gefunden, deshalb betone ich eben, daß das Problem erst angeschnitten ist, daß es zunächst einmal darauf ankommt, sich der Schwierigkeiten dieses Lebensproblems für die deutschen Arbeiter bewußt zu werden. (Bravo!) Eine Lösung liegt darin, daß wir überall für die Unabhängigkeit der Völker eintreten. Solange Persien selbständig ist, können nicht die handelspolitischen Zustände eintreten wie in den abhängigen britischen Kolonien. Das ist aber, wie gesagt, nur ein Moment in diesem Problem. So hätten wir auch die Notwendigkeit der Selbständigkeit Marokkos mehr betonen müssen, als das geschehen ist. Wo die Regierung für unsere Selbständigkeit eintritt, müssen wir folgerichtig auf ihre Seite treten. Die Resolution bedeutet, so wie sie vorliegt, keine Lösung des Problems.

Ledebour-Berlin: Die statistischen Bedenken des Genossen Quessel beweisen uns, daß er sich noch nicht tief genug mit dieser Handelsstatistik beschäftigt hat. In den Einfuhrzahlen Englands nach seinen Kolonien stecken auch sehr viele deutsche Waren. (Sehr richtig!) Die Konsequenz seines Gedankenganges in dem Artikel in den „Soz. Monatsheften" läuft darauf hinaus, daß auch wir auf Kolonialerwerb ausgehen müssen. Ich hätte geglaubt, daß der Artikel von einem Nationalliberalen wie Paasche stammt, wenn ich nicht den Namen eines Sozialdemokraten darunter gelesen hätte. (Hört, hört!) — Lensch und Pannekoek gehen davon aus, die heutige Politik der kapitalistischen Staaten lasse sich nur durchführen mit gewaltsamen Mitteln, England z. B. wolle alle Völker zur Unterlegenheit zur See verurteilen. Aber diese Tendenz des Kapitalismus ist keine absolute. Es wirken eben verschiedene Tendenzen im Kapitalismus, z. B stehen der absoluten freien Konkurrenz innerhalb des Kapitalismus die Kartelle und Trusts gegenüber. Dies übertragen auf die internationale Konkurrenz der kapitalistischen Staaten führt zu dem Verständnis der Vorschläge Englands auf Beschränkung der Rüstungen, die eben das Ziel haben, eine gemeinsame Ausbeutung des Weltmarkts zu ermöglichen. Diese Tendenz zu stärken haben wir alle Ursache, weil sie unserm Wunsch und Willen den Frieden aufrecht zu erhalten entgegenkommt. (Sehr richtig!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Quessel (persönlich): Mein Artikel in den „Soz. Monatsheften" hatte das Ziel, nachzuweisen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern aus egoistischen Motiven für den Imperialismus eintreten. Inwiefern ein solcher ökonomisch-historischer Nachweis der Ausfluß nationalliberaler Gesinnung ist, kann ich nicht begreifen. Ich weise seine Verdächtigung als ganz ungerechtfertigt zurück.

Ledebour: Ich habe Quessel durchaus nicht vorwerfen wollen, daß er bewußt nationalliberale Politik macht. Ich habe nur gemeint, daß sein Gedankengang, der auf ungenügendem Verständnis handelspolitischer Zahlen beruht, mit logischer Konsequenz zur Befürwortung der heute von der Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen muß. (Dr. Frank: Ebenso wie die Ansichten von Lensch!)

Dr. Quessel: Ich bin lediglich für eine zivilisatorische Kolonialpolitik eingetreten.

Ledebour: Ich habe nur auf die logische Konsequenz Ihres Gedankengangs hingewiesen. (Dr. Quessel: Ihre Logik!)

Haase (Schlußwort): Cohen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er nach Art mancher Advokaten (Heiterkeit) die Beweislast, die ihm zufiel, mir zugeschoben hat. — Bernstein verlangte Aufnahme eines Passus über die Schiedsgerichte. Wir fordern sie alle, aber ich kann ihnen nicht die übertriebene Bedeutung zuerkennen, wie das Bernstein zu tun scheint. — Einig sind wir darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen die Kriegshetze aufzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution wird gegen drei Stimmen angenommen.

Es folgt die

Maifeier.

Ref. Pfannkuch: Der Parteivorstand empfiehlt Ihnen, eine Änderung in der Feier des 1. Mai nicht vorzunehmen, und die Arbeitsruhe nach wie vor für die würdigste Form der Maifeier zu erklären. Der der Maifeier gegebene Inhalt ist noch lange nicht erfüllt. Sie ist jetzt ausgedehnt auf die Erzielung des Völkerfriedens und die Beseitigung des Wettrüstens. Auf dem Nürnberger Parteitag ist nun beschlossen, daß die Parteimitglieder, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen. Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die mit diesem Antrag gemacht sind, nicht geeignet sind, die Maifeier würdiger zu gestalten. Es sei daher besser im Interesse des Parteifrie-

---

nuten bei Ihnen eintreten", sagte er, als wir die Tür erreichten; ehe ich jedoch einen Entschluß fassen konnte, war er bereits im Zimmer und zündete, wie um meine Besorgnisse zu beseitigen, eine helle Gasflamme an. Ich war ihm notgedrungen gefolgt, er zog, als sei ich bei ihm zum Besuch, und er nicht bei mir, einen Stuhl für mich herbei, und als ich, mit dem festen Entschlusse keine Art von Ungebührlichkeit zu ertragen, mich gesetzt hatte, begann er: „Ich denke, Miß Heyer, daß wir beide in dem einen Punkte gleicher Meinung sein werden, bei unserer jetzigen Reise den möglichst besten Gewinn herauszuschlagen. Vielleicht wissen Sie aber, daß Mr. Fonfride in allem, was über den Geschmack hinausgeht, ein pures Kind ist, und daß ich es bin, der das ganze Geschäft macht, während Sie in Ihrer Person allein die künstlerische Anziehungskraft bilden. Jetzt frage ich Sie, warum wir beide uns für den Nutzen anderer quälen sollen? Nehmen Sie Ihr Talent und meine Geschäftsroutine von der Truppe, und es bleibt nichts. Ich schlage Ihnen ein Kommagniegeschäft zwischen uns vor, am liebsten für das ganze Leben als Mann und Frau, was Ihnen auch zugleich die sicherste Garantie für meine Ehrlichkeit bietet; in acht Tagen will ich bessere Kräfte als die jetzigen bei einander haben, und in zwei Jahren sollen Sie eine reiche Frau sein. Was sagen Sie zu der Idee, die Ihnen vielleicht unerwartet kommt, die Sie aber jeder Abhängigkeit entreißt und Ihnen den vollen Ertrag Ihrer Begabung sichert, Miß?"

„Ich sage, daß ich meinen eingegangenen Kontrakt halten werde", erwiderte ich ihm kalt. „Im übrigen habe ich meinen jetzigen Beruf mehr der Befriedigung, welche mir die Kunst gewährt, als eines hohen Gewinnes wegen ergriffen."

„Genau, was ich als eine Antwort von Ihnen erwartete", lachte er, „indessen meine teure Miß", setzte er ernster hinzu, „wissen Sie nun, warum ich Ihnen näher trat, und ich denke viel zu hoch von Ihrem Verstande, als daß ich nicht die nähere Erwägung meines Vorschlages von Ihnen erwarten sollte. Selbst wenn man nicht nur dem Gewinne allein nachgeht, wird doch der Kluge nicht seine besten Kräfte opfern, nur um andern Leuten die Taschen zu füllen — namentlich wenn er es in der Hand hat, sich eine eigene sorgenfreie Zukunft zu gründen. In einigen Tagen sehen wir uns wieder", setzte er, seinen Platz verlassend, hinzu, „und dann wollen wir den Gegenstand noch einmal aufnehmen."

„So—" schloß Matilde mit einem tiefen Atemzuge ihre Erzählung, „so ist jetzt meine augenblickliche Stellung in dieser Truppe. Die Konflikte, die sich daraus entwickeln müssen, scheinen mir schon heute abend mit der handgreiflichen Zudringlichkeit Meiers begonnen zu haben, und ich will den nachfolgenden aus dem Wege gehen, will ich die Unannehmlichkeiten meiner haltlosen Lage nicht bis zum Boden durchkosten, so muß ich einen raschen, bestimmten Entschluß fassen — und nun, Max, nachdem Du alles gehört hast", fuhr sie fort, ihre Hand auf die seine legend, „sprich Deine Gedanken gegen mich aus — offen, so offen als ich mich Dir gegeben!"

Reichardt nahm des Mädchens Finger leicht zwischen seine beiden Hände, und in seinem Gesichte begann es wie ein klarer, beglückender Entschluß aufzuleuchten. „Als Du in Neuyork nicht wußtest, wohin allein in der großen Stadt", begann er lächelnd, ihr in das große, tiefe Auge blickend, „da führten wir das Geschwister-Verhältnis zwischen uns ein, Matilde. Wir hätten das, trotz aller obwaltenden Verhältnisse, wohl nicht getan, wenn unsere Seelen nicht etwas Verwandtes gehabt hätten, das uns zu einander zog. Das Geschwister-Verhältnis erwies sich nicht ganz stichhaltig", fuhr er mit einem neuen Lächeln fort, vor welchem sich ihre Wangen leicht färbten, „und heute, wo Du Dich fragst, wohin allein in der weiten Welt, sitzen wir wieder beratend beieinander. Warum ergreifen wir nun nicht ein Auskunftsmittel, das so nahe liegt, Matilde? Mir sind die besten Hoffnungen auf einen reichen Erwerb durch Unterricht hier gemacht, um Dich wird sich alles reißen, was nur einer Sängerin bedarf — wirf das wandernde Leben von Dir, gib mir die Hand, und wir gehen morgen früh zum nächsten Friedensrichter, um uns durch keine Lage dieses Lebens wieder von einander trennen zu lassen!"

Es war ein Ton der vollsten Innigkeit, mit welchem die letzten Worte gesprochen waren, und des jungen Mannes Auge glänzte wie in der vollsten Genugtuung seines Herzens. In Matildens Gesicht war eine glühende Röte getreten; aber sie schlug den Blick nicht nieder, ihre Hand umfaßte warm die seinige und plötzlich brachen wie zwei helle Bäche die Tränen aus ihren Augen.

„Matilde, warum denn weinen?" rief Reichardt, als überkomme ihn selbst eine plötzliche Rührung; das Mädchen aber erhob sich rasch und neigte sich über ihn, zwei, drei rasche, heiße Küsse brannten auf seinen Lippen, dann, in ausbrechendem Schluchzen, wandte sie sich nach dem andern Ende des Zimmers.

Der junge Mann war aufgesprungen. „Gott, was ist es denn, Matilde? habe ich denn mehr gesagt, als nur völlig natürlich ist?" rief er; sie aber wandte ihm das Gesicht langsam wieder zu. „Laß nur, es ist schon vorüber," sagte sie, während in ihren Zügen ein Lächeln mit ihrer Erregung zu kämpfen schien. „Ich danke Dir, Max," fuhr sie herantretend und ihre Hände ihm entgegenstreckend, fort, „ich danke Dir aus der Tiefe meines Herzens, denn Du hast mich so glücklich gemacht, wie Du es selbst nicht weißt — aber Max, es kann ja nun und nimmermehr sein, was Du aussprachst!"

„Sprich jetzt nicht und laß mich ausreden," fuhr das Mädchen, fast krampfhaft die erfaßte Hand drückend, fort, als Reichardt eine Bewegung zur Entgegnung machte, „ich weiß ja alles, was Du sagen könntest; ich aber sage Dir, Max, daß die Regung, welche Dich jetzt zu Deinem Vorschlage getrieben, doch weiter nichts ist, als das Mitleid mit meiner augenblicklichen Lage, daß es unser beider Unglück herbeiführen hieße, wollte ich leichtsinnig dem Drange des Augenblicks folgen. Laß mich ausreden," wiederholte sie leidenschaftlich, als er einen neuen Versuch, sie zu unterbrechen, machte, „ich weiß, daß Du mit voller brüderlicher Herzlichkeit an mir hängst, daß Du im Augenblicke Dein eigenes Glück in dem meinen finden würdest; aber ich bin ein egoistisches Geschöpf, Max, und verlange mehr; wo ich mich in Liebe hingebe, will ich wieder geliebt sein mit derselben Glut, deren ich selbst fähig bin, oder ich müßte mich innerlich verzehren — und wenn mir die volle Befriedigung meines Herzens nicht werden kann, will ich wenigstens nicht mehr zu geben haben, als ich zurückempfange. Ich bin zweiundzwanzig Jahre alt, Max, Du erst zwanzig und kennst Dich selbst noch nicht. Aber der rechte Augenblick wird auch für Dich noch kommen, und ich würde sterben müssen, wenn ich ein neues Leben in Dir entstehen sähe, das nicht durch mich geweckt worden wäre; Du aber würdest dann, so lange ich noch lebte, die Last verwünschen, die an Dir hinge, selbst wenn Dir Dein gutes Herz das laute Geständnis versagte. Ich wußte es schon in Neuyork, daß wir einander nicht gehören durften, und es war mir gelungen, mich zum Frieden mit mir selber durchzuarbeiten — laß ihn mir, Max," schloß sie mit einem Blicke eigentümlich schmerzlicher Bitte, als sei sie trotz aller Worte ihrer selbst noch nicht sicher, „wirf mich nicht in neue Kämpfe, die nimmermehr zu unserem Heil führen würden."

„Aber gibt es denn ein dauerndes Glück in der leidenschaftlichen Erregung, wie Du sie andeutest?" fragte Reichardt, sichtlich durch den Erguß des Mädchens herabgestimmt. „Ich weiß, daß meine Empfindungen nicht über eine gewisse Höhe steigen, dafür aber kann ich ihrer Dauer sicher sein und mich ruhig dem Wege überlassen, den sie mich leiten. Ich weiß, daß ich meine volle Befriedigung an Deiner Seite gefunden hätte, Matilde — Dir genügt aber das nicht; und doch sucht Du vielleicht das Glück da, wo es am wenigsten zu Hause ist."

(Fortsetzung folgt.)

dens, diesen Antrag 90 aufzuheben. (Sehr richtig!) Wir haben die Bezirksvorstände aufgefordert, sich über die Wirkung dieses Antrags in ihrem Bezirk zu äußern. Beschämenderweise lauten zahlreiche Berichte dahin, daß die übelsten Erfahrungen mit der Durchführung dieses Beschlusses gemacht worden sind. (Hört, hört!) Nur aus einem Bezirk ist eine ziemlich befriedigende Auskunft eingegangen. Aus den anderen Bezirken könnte ich krasse Beispiele anführen. So wird darauf hingewiesen, daß unter den Buchdruckern in den Parteidruckereien sich eine förmliche Organisation zur Umgehung des Nürnberger Beschlusses gebildet hat. (Hört, hört!) Von Gewerkschaftsbeamten hat man darauf hingewiesen, sie seien verpflichtet gewesen, am 1. Mai Arbeit zu leisten und wären deshalb nicht gezwungen, den Tagesverdienst abzuführen. Diese Genossen gewiß formal recht (Hört, hört!), aber sie hätten den Tag schon leisten sollen, um nicht in den Verdacht zu kommen, nur deshalb am 1. Mai gearbeitet zu haben, um den Pflichtbeitrag nicht leisten zu müssen. Weiter weist man darauf hin, daß diesmal vielfach die Konsumvereine am 1. Mai ihre Läden offen gehalten haben, das hätte man ebenfalls unterlassen sollen, da ja doch die Konsumvereine auch auf die Unterstützung der Partei rechnen. Die Fassung des Nürnberger Beschlusses ist zweifellos keine glückliche. „Arbeiter und Mitglieder der Partei", die am 1. Mai nicht arbeiten müssen, festzustellen, ist sehr schwierig. Ich habe die Auffassung, daß man ursprünglich nur die Beamten der Partei treffen wollte, und würde persönlich empfehlen, nur insoweit den Antrag aufrecht zu erhalten, wenn man nicht zu einer Aufhebung des Antrages überhaupt kommen sollte. Ich meine selbst, wenn der Antrag aufgehoben wird, bleibt für die Parteiangestellten die moralische Pflicht bestehen, einen Tagesarbeitsverdienst am 1. Mai abzuführen. (Bravo!) Der Parteivorstand hält also die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses für im Interesse des Parteifriedens liegend. Im nächsten Jahre fällt ja der 1. Mai auf Himmelfahrt, sodaß wir jedenfalls werden ausposaunen können, daß die Maifeier sich so umfangreich gestaltet hat, wie nie zuvor. (Heiterkeit.) Hoffentlich wird sie sich aber auch in Zukunft immer würdiger gestalten. (Bravo!)

Pryssel-Leipzig: Als Mitglied der Beschwerdekommission habe ich den Auftrag, Ihnen einen spziellen Fall mitzuteilen. Drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erklärten, arbeiten zu müssen. Das Ausschlußverfahren wurde eingeleitet, zuerst zurückgewiesen und nach Jena wieder aufgenommen. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß abgelehnt, aber die Verpflichtung der drei Beamten zur Abführung des Tagesverdienstes ausgesprochen. Dagegen führen die drei Beamten Beschwerde. In einem anderen Falle, wo Beamte des Transportarbeiterverbandes Streikposten gestanden haben, hat die Beschwerdekommission anerkannt, sie seien nicht verpflichtet, den Tagesverdienst abzuführen. Darauf fußen die Beschwerdeführer aus Dresden. Das formale Recht steht zweifellos auf seiten der Beschwerdeführer, aber wir wollen es als moralische Pflicht der Gewerkschaftsbeamten aussprechen, daß sie den Tagesverdienst abführen, denn im Interesse der Gewerkschaften werden die Maifonds gesammelt. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Der Nürnberger Beschluß ist ein Schulbeispiel dafür, daß man nicht Anträge beschließen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher klargestellt hat. (Sehr richtig!) Daß unter den Nürnberger Beschluß wir Angestellte usw. fallen konnten, soweit sie Parteigenossen sind, ist selbstverständlich. Der Unwille ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Ungerechtigkeiten daraus entstanden, daß der eine bezahlen muß und andere nicht, weil sie nicht zu fassen sind. (Sehr richtig!) Für die Genossen in Privatbetrieben z. B. fehlt uns jede Kontrolle. Auch wird die soziale Lage des einzelnen durch den Beschluß gar nicht berücksichtigt. In vielen Orten hat man sich überhaupt nicht um den Beschluß gekümmert. (Sehr richtig!) Im Interesse der Partei bitte ich, den Beschluß von Nürnberg zu beseitigen; er ist nur ein Stein, der uns die Arbeit im Befreiungskampfe erschwert. — In dem Beschwerdefall kann nicht das moralische, sondern es muß das beschlossene Recht in Frage kommen. Wer gearbeitet hat am 1. Mai hat eben nach dem Nürnberger Beschluß keine Verpflichtung zur Abführung des Tagesarbeitsverdienstes. Heben Sie den Nürnberger Beschluß auf, die lumpigen paar Mark, die dadurch eingekommen sind, können gegenüber den Schädigungen des Parteifriedens nicht in Betracht kommen. (Lebh. Beifall.)

Ehlers-Lübeck: Wir in Lübeck sind stets für volle Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Wir sind aber der Meinung, daß die Maifeier in der jetzigen Weise nicht mehr haltbar ist. (Sehr richtig!) Die Beteiligung geht von Jahr zu Jahr zurück. Die Holzarbeiter, die Metallarbeiter feiern seit Jahren nicht mehr. Von den Kapitalisten wird die Aussperrung angedroht, vom Gewerkschaftsvorstande wird gesagt: Ihr werdet nicht unterstützt. Wenn die größten Fabriken arbeiten, so ist das doch keine Demonstration für den 1. Mai. Die Arbeiter in den großen Fabriken müssen doch dabei sein. Die jetzige Art der Maifeier ist keine würdige. Ich bin für die Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses; aber wir müssen auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn Angestellte am 1. Mai gearbeitet haben, darf man wohl sagen, sie haben das getan, um Geld zu sparen. Wir hatten einen Genossen, der von der Organisation beauftragt war, einer Gerichtsverhandlung am 1. Mai beizuwohnen. Er lehnte die Abführung des Tagesverdienstes ab und sagte: Ich habe ja gearbeitet. Gegenwärtig geschieht das nur, weil man weiß, daß nichts darauf geschieht. Den Ausführungen von Lipinski, daß wir auf die soziale Stellung Rücksicht nehmen müssen, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Würden diejenigen Genossen, die in einem Parteibetriebe beschäftigt sind, betroffen, so müssen sie doch den Tagesverdienst auch entbehren. Auf die paar lumpigen Pfennige kommt es natürlich nicht an. Aber die Angestellten sollen ihren Opfermut beweisen.

Es läuft ein Antrag Wels-Giebel ein, den Nürnberger Beschluß nur noch für Angestellte der Partei und Gewerkschaften in Geltung zu lassen.

Hense-Hamburg: Die Stellungnahme Pfannkuchs war weder Fisch noch Fleisch. An der Arbeitsruhe in der heutigen Form will er festhalten, die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stellt er dem Parteitag anheim. Wir von Hamburg werden an diesem Nürnberger Beschluß festhalten, solange die Arbeitsruhe weiter besteht. Wird der Nürnberger Beschluß aufgehoben, so hat die Arbeitsruhe ein Ende. (Widerspruch und Zustimmung.) Die große Masse der Genossen wird nicht mehr die Opfer der tagelangen Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe auf sich nehmen, wenn die Parteiangestellten nicht einmal das Opfer des Tagelohns bringen wollen. (Sehr richtig! Es kommt sehr auf die Handhabung des Beschlusses an. Man muß die Genossen zur Opferfreudigkeit erziehen. Bei uns haben alle Genossen, die in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften angestellt sind, den Tagelohn abgeführt und die Arbeitsruhe ist bei uns immer am ausgedehntesten gewesen. Sie wird aber mit dem Augenblick verschwinden, wenn der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird. (Unruhe.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Robert Schmidt-Berlin: Es ist außerordentlich peinlich, daß gerade die Frage, ob die Parteiangestellten einen Tagesverdienst am 1. Mai abführen sollen, auf dem letzten und diesem Parteitag zu solchen Debatten geführt hat. Ich bedaure es in hohem Maße, wenn Gewerkschaftsangestellte so wenig Opferfreudigkeit bewiesen haben, daß sie dem Nürnberger Beschluß nicht nachgekommen sind. Das ist kleinlich und unwürdig und erzeugt nur die Stimmung, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern herbeizuführen. Ein solcher Beschluß ist durchführbar. Auf besondere Verhältnisse wie Krankheit usw. wird Rücksicht genommen werden.

Nunmehr wird ein erneuter Schlußantrag angenommen.

Pfannkuch betont in seinem Schlußwort, daß eine Konferenz der Landes- und Bezirkssekretäre sich für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses erklärt habe und bittet, eventuell dem Antrag Wels zuzustimmen.

Über die Anträge auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses wird namentlich abgestimmt.

Der Nürnberger Beschluß wird mit 271 gegen 221 bei 2 Stimmenthaltungen aufgehoben. Es entsteht nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob jetzt noch über den Antrag Wels, wonach nur Partei- und Gewerkschaftsangestellte zur Abführung eines Tagesverdienstes am 1. Mai verpflichtet sein sollen, abgestimmt werden könne. Schließlich wird mit Rücksicht darauf, daß die Frage im nächsten Jahre nicht aktuell wird, weil der 1. Mai auf einen Feiertag fällt, der Antrag Wels dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung überwiesen. Der von Ryssel erwähnte Beschwerdefall wird auf morgen zurückgestellt.

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt.

Schluß 6½ Uhr.

* * *

Am Sonnabend nahm der Parteitag zunächst den Bericht der Beschwerdekommission entgegen, die nach genauer Prüfung zu dem Schluß gekommen ist, die Zurückweisung der Beschwerde des Genossen Hildebrand gegen seinen Ausschluß zu empfehlen. Hildebrand, ehemaliger Nationalsozialer, habe die Basis der Sozialdemokratie verlassen. Nach dem Verlaufe einer mehrstündigen Debatte entschied sich dann die Mehrheit für den Ausschluß Hildebrands. Sodann hielt Genosse Molkenbuhr das Referat über den internationalen Kongreß, der erst 1914 stattfinden soll. — Die Neuwahlen zum Parteivorstand ergaben das Resultat, daß derselbe Vorstand wiedergewählt wurde. — Die Freidenkeranträge wurden zurückgezogen. — Damit war die Tagung des diesjährigen Parteitages an ihrem Schlusse angelangt. Das Schlußwort hatte Genosse Haase.

Aus der Jugendbewegung.

Staatliche Jugendfürsorge. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahndirektion in Berlin ermächtigt, die für den allgemeinen Verkehr beschlossene Fahrpreisermäßigung im Interesse der Jugendpflege auch für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr mit gewissen, im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse von Groß-Berlin notwendigen Einschränkungen zu gewähren. Bedingung ist u. a., daß der antragstellende Verein einer staatlich geförderten Organisation für Jugendpflege angehört, und daß es sich um einen Ausflug im Interesse der Jugendpflege handelt. Also Arbeiter-Jugendvereine erhalten bei ihren Ausflügen auch hier wie anderwärts die Eisenbahnvergünstigungen nicht. Man ersieht daraus wieder, daß die staatliche Jugendfürsorge im Grunde genommen nicht den Zweck haben soll, das Wohl der Jugend zu fördern, sondern sie will nur die Jugend isoliert halten und den Einflüssen der modernen Arbeiterbewegung entziehen. Ein lächerliches Beginnen!

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter. Durch eine Massenversammlung leiteten die städtischen Arbeiter Charlottenburgs eine Lohnbewegung ein. Die Forderungen lauten auf Abschluß eines Tarifvertrages unter Erhöhung der gegenwärtigen Lohnsätze um im Durchschnitt 2 Mark pro Woche. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und die vereinigten Arbeiter-Ausschüsse wurden beauftragt, die notwendigen Verhandlungen einzuleiten. Die Stadtverordnetenversammlung in Neukölln beschloß in ihrer Sitzung am 19. September eine Neuregelung der Löhne der städtischen Arbeiter. Der Minimallohn für sämtliche ungelernte Arbeiter wurde von 4,25 Mark auf 4,50 Mark pro Tag, der Höchstlohn (nach 6 Jahren erreichbar) von 4,75 auf 5,04 Mark erhöht. Entsprechende Erhöhungen traten für die übrigen Arbeitergruppen ein. Die Gesamtsumme der Erhöhungen beträgt ca. 50 000 Mark im Jahre. Die Beschlüsse treten vom 1. Oktober an in Kraft. — Der Antrag der Arbeiter auf Zahlung von Wochenlöhnen wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Abschluß eines Tarifvertrages der Lohnkommission und den Arbeiter-Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen. Der Stadtverordnetenversammlung soll eventuell eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Tabakarbeiter in Görlitz. Nach längeren Verhandlungen des Tabakarbeiterverbandes mit den Inhabern der drei großen Zigarrenfabriken in Görlitz sind für die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen dieser Firmen Lohntarife abgeschlossen worden, die ihnen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 10 bis 15 % bringen. Diese Erfolge sind dem guten Organisationsverhältnis unter den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen zu verdanken. Sind doch von den an der Lohnbewegung beteiligten 530 Personen 391 Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Verhandlungen zogen sich deswegen in die Länge, weil die Firmen in der Umgegend von Görlitz Filialbetriebe unterhalten. Bemerkenswert ist, daß in einem Betriebe die Sortiererinnen und die Kistenmacher leer ausgingen, weil sie nicht organisiert waren.

Allgemeine christliche Streikbruchparole? Allmählich gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die Parole des Streikbruchs für die christlichen Gewerkschaften allgemein gegeben worden ist und daß bei dem großen Bergarbeiterkampf die Probe aufs Exempel gemacht wurde. Die Tabakarbeiter bei der Firma Caprano & Gruhn in Werste i. W. einigten sich mit den Christen zu einem Vorgehen wegen Lohnerhöhung. Bekanntlich hatten die Fabrikanten bei Beendigung der großen westfälischen Aussperrung eine allgemeine Lohnrevidierung versprochen. Dem war die Firma nicht nachgekommen. Obgleich nun die Christen in Werste die Freiorganisierten zum Vorgehen nicht genug ermuntern konnten und für volle Einigkeit garantierten, erschien, als es zum Klappen kommen sollte, in einer Versammlung der christliche Bezirksleiter Rööß und wimmelte ab, indem er erklärte, daß die Christen nicht mitmachen, weil sie nicht rechtzeitig genug in Kenntnis gesetzt worden seien. Auf den Zwischenruf: Ihr habt ja kein Geld! sagte dann dieser Vertreter des christlichen Tabakarbeiterverbandes: „Nicht des Geldes und der Taktik wegen, sondern aus Prinzip machen wir diesen Kampf nicht mit. Zwischen uns und dem deutschen Tabakarbeiterverband ist eine Scheidewand aufgebaut. Die Arbeiter haben ja den Schaden davon, ändern tut das aber nichts an unserer Haltung", sprachs und verschwand. Da die christlichen Tabakarbeiter in Werste keine Unterstützung erhalten, könnten sie nicht mit in den Kampf treten und müssen sich nun in die Rolle als Arbeitswillige fügen. Gewiß ist der christliche Tabakarbeiterverband durch die große westfälische Aussperrung auf Jahre hinaus finanziell lahmgelegt, aber für die 26 Mitglieder, die hier in Frage kamen, hätt's wohl gereicht, aber: Aus Prinzip wird nicht gestreikt. — Auch bei der Firma Kersken in Orsoy (Niederrhein) haben die christlichen Tabakarbeiter, obgleich sie sich mit einem Vorgehen einverstanden erklärten, auf Weisung ihres Verbandsvorstandes die Arbeit nicht niederlegen dürfen. Also auch der christliche Tabakarbeiterverband organisiert grundsätzlich den Streikbruch.

Soziales.

Ein Entwurf über die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen wird nach einer politischen Korrespondenz dem Reichstage im Dezember zugehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine ganze Kompagnie unter Anklage. Heute wird vor dem Schwurgericht des Potsdamer Landgerichts gegen die ganze 6. Kompagnie des ersten Garderegiments wegen militärischen Ungehorsams verhandelt. Die 6. Kompagnie hat sich beim Kaiserpreisschießen im Wettbewerb mit einer Kompagnie des vierten Garderegiments insofern Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, als die Mannschaften über mehr Schießmunition verfügten, als sie der Kopfzahl nach haben sollten. Dadurch kam es zu irreführenden Resultaten beim Kaiserpreisschießen.

Gerichtliches Nachspiel zu einem Eisenbahnunglück. Der Aushilfsbahnwärter Fritz Standtke aus Mariahöfchen wurde am Sonnabend von der dritten Strafkammer des Landgerichts Breslau wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Der Verurteilte war überführt, am 30. Juni, nachts, die Schranke zwischen den Stationen Herrnprotsch und Schmiedefeld auf der Strecke Breslau-Berlin nicht geschlossen und dadurch verschuldet zu haben, daß ein mit Ausflüglern besetztes Fuhrwerk überfahren wurde. Bei dem Unglück wurden damals elf Personen getötet und zehn schwer verletzt.

Kulturpioniere. Vor dem Windhuker Bezirksgericht fand Mitte August eine Verhandlung statt, die erneut zeigt, was manche Farmer unter der von unsern Kolonialschwärmern so gepriesenen „Kulturmission" der weißen Rasse verstehen. Wegen Mißhandlung von Eingeborenen hatte sich der Farmer Kramer aus Otjisororindi zu verantworten. In der bürgerlichen Presse lesen wir darüber: Kramer wurde durch die Zeugenaussagen der mehrfachen Körperverletzung überführt, indem er den Herero Wabe in ein Zimmer einsperrte und ihn derartig mit einer Kette fesselte, daß er einen Tag und eine Nacht lang in gebeugter Haltung zubringen mußte — in gleicher Weise das Hereromädchen Sofine vier Tage lang mißhandelte, — das Hereroweib Alwine durch Schläge mit dem Schambock blutig schlug und sie dann durch Fesselung mit einer Kette drei Tage lang in hockender Stellung zubringen ließ. — am 27. Januar 1907 den Kaffer Juli derartig mit dem Schambock blutig schlug, daß sein Leben durch die erhaltenen Wunden gefährdet wurde — am 29. und 30. Januar 1912 das Hereroweib Konturu mit dem Schambock derartig schlug, daß sie blutende Wunden davontrug, sie auch wiederholt mit dem beschuhten Fuß gegen den Kopf und den Unterleib stieß, — das Buschweib Grunas derartig mit dem Schambock schlug und mit dem beschuhten Fuße gegen den Unterleib trat, daß sie bald darauf eine Fehlgeburt erlitt. Kramer erklärte, er habe sich zu diesen „Züchtigungen" durchaus für berechtigt gehalten. Er behauptete auch, daß die Eingeborenen ihn und seine Familie hatten vergiften wollen. Dieser selbe Kramer hat auch einem Kaffern, namens Hiweib, ohne weiteres dessen ganzes Vieh, 18 Stück Schafe, weggenommen, weil ihm angeblich durch Hiweibs und seines Weibes Schuld 50 bis 60 Schafe verloren gegangen waren. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Was, so ohne weiteres, ohne gerichtliche Entscheidung, nehmen Sie dem Eingeborenen sein Vieh weg?" erwiderte der Angeklagte, er habe die schriftliche Genehmigung dazu, vom Polizeichef Grafen Schwerin unterzeichnet, erhalten! Das Urteil lautete wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit und Nötigung auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte dreieinhalb Jahre Gefängnis beantragt. — Die mehr als eigenartige Polizeipraxis, die der Polizeichef Graf Schwerin auszuüben beliebt, wird von unseren Genossen im Reichstage bei Beratung des Kolonialetats noch einer scharfen Kritik unterzogen werden müssen. Denn daß die Reichsregierung aus eigenem Antriebe hier Abhilfe schaffen wird, wer vermöchte das im Ernste zu glauben?

Aus Nah und Fern.

Todessturz von der Siegessäule in Berlin. Der 20jährige Sohn des Tapetenhändlers Büttner hatte sich mit einer Kinematographen-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, um ihr gestern morgen 8 Uhr ein Fallschirm-Experiment vorzuführen, das er von der Siegessäule aus vorführen wollte. Nachdem die Operateure ihre Apparate aufgestellt hatten, stürzte sich der junge Mann herab, ohne einen Fallschirm aufzuspannen. Er schlug auf die zweite Plattform und war sofort tot. Büttner hatte schon vor 4 Wochen einen Selbstmordversuch gemacht. — Nach einer anderen Meldung handelt es sich um einen Unglücksfall, da der Fallschirm versagte. Der Photograph habe nach dem Sturz schleunigst das Weite gesucht und sei nicht zu ermitteln gewesen.

Zehn Tage im Eiskeller eingeschlossen. Ein fast unglaublicher Vorfall wird dem „Berliner Tageblatt" aus der erzgebirgischen Stadt Annaberg gemeldet. Dort hatte der 14jährige Schulknabe Scharfschmidt mit zwei anderen Kameraden, darunter dem zehnjährigen Pflegesohn des Arbeiters Streusel eine Reihe Diebstähle verübt. Die Familie des einen Knaben verzog bald darauf von Annaberg. Scharfschmidt, der befürchtete, daß der junge Streusel die Diebstähle eingestehen könnte, beschloß, den Kleinen unschädlich zu machen. Er verschleppte ihn in den Eiskeller eines Restaurants und sperrte ihn dort ein. Täglich kam Scharfschmidt zu seinem Opfer, um ihm etwas Wasser und ein Brötchen zu bringen. Der Knabe hielt es schließlich nicht mehr in seinem Gefängnis aus und durchbrach ein Kellerfenster. Vor Ermattung brach er jedoch bald darauf zusammen und wurde vollständig entkräftet aufgefunden. Der Knabe war zehn Tage lang in dem Eiskeller eingeschlossen, mehrere Zehen waren ihm erfroren, sodaß voraussichtlich zu einer Amputation des Beines geschritten werden muß. Der 14jährige Scharfschmidt wurde in Haft genommen.

Für Landarbeiter gut genug! Auf einem Rittergut im Kreise Neumarkt erkrankten während der Ernte mehrere galizische Erntearbeiter unter Vergiftungserscheinungen.

ausführliche Debatte in der Parteipresse ermöglicht wird, und bedauert, daß Rosa Luxemburg und Kautsky durch Krankheit an der Teilnahme an dieser Debatte verhindert sind. Wir stehen heute erst am Anfang der Debatte über den Imperialismus. Das Hauptbedenken habe ich gegen den Passus über die Abrüstungsfrage. Ein vorübergehendes Abkommen zweier Staaten über Rüstungspolitik halte ich für durchaus möglich; für eine Utopie aber eine allgemeine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung. Wie ist es denn zu der allgemeinen Aufrüstung gekommen? Liegt etwa hier ein Fehler der Weltgeschichte vor und sind wir berufen, gewissermaßen die Hefte der Weltgeschichte zu korrigieren, ihre Fehler rot anzustreichen und zu sagen, wir erwarten in Zukunft bessere Leistungen. (Heiterkeit.) Haase hat ja selbst nachgewiesen, daß das allgemeine Wettrüsten eine notwendige Begleiterscheinung der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz der Völker sei. Das ist auch bisher stets die Ansicht der Sozialdemokratie gewesen. Nun sagt man, es seien Gegentendenzen vorhanden, die wir unterstützen sollten. Davon steht aber in der Resolution nichts. Und in der Tat sind wir selbst die wirklichen revolutionären Gegentendenzen zum Imperialismus. Die Vorschläge der englischen Regierung auf Einschränkung der Rüstungen erklären sich aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie ist in der Situation der Rentier, der nur den Wunsch hat: ach wenn es doch immer so bliebe. Die englische Bourgeoisie will die kapitalistische Entwickelung an den Rockschößen packen und zurückdrängen, während wir sie von vorn angreifen und über sich selbst hinaustreiben wollen. Wir als Vertreter des internationalen Proletariats haben keinen Anlaß für die Verewigung der Suprematie Englands mit seiner Seemacht einzutreten. Der Weg, den der Kapitalismus hier wie überall geht, ist uns zwar äußerst unsympathisch, er geht über Blut und Leichen, aber er mündet doch schließlich ein in den Sozialismus. (Die Redezeit wird auf eine halbe Stunde verlängert.) Am letzten Ende muß der Kapitalismus doch für uns arbeiten, selbst durch das Wettrüsten. Er schafft damit die Voraussetzung für unsere Miliz, die Abrüstung würde zum Praetorianertum führen. So oder so, das Reich muß uns doch bleiben. Wir haben auch dem Imperialismus gegenüber nur die eine Aufgabe zu agitieren und zu organisieren. Er wird große Massenkämpfe und Konflikte heraufbeschwören, die die höchste Einsicht von den Parteigenossen verlangt. Darauf gilt es uns zu rüsten. Bauen wir unsere Organisation aus, denn bereit sein ist alles. (Lebh. Beifall.)

Eduard Bernstein: Es liegt mir daran, daß die Resolution Haase nicht nur angenommen, sondern als besonders eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie, also möglichst einstimmig angenommen wird. Als ich im Reichstag einmal eine Flottenvorlage bekämpfte, sagte ein sehr sympathischer Führer der Freisinnigen, Gothein: Was Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort, aber wir bewilligen die neuen Schiffe, weil wir sie für notwendig halten. Ist denn nun wirklich die Rüstungsvermehrung eine politische Notwendigkeit, muß die Expansion wirklich zum Wettrüsten führen? Ich meine nicht, die Streitigkeiten der Völker können anders geschlichtet werden als durch die Rüstungen, durch Schiedsgerichte. Das einzige, was ich in der Resolution Haase vermißt habe, ist der Hinweis auf die Schiedsgerichte. Aber hoffentlich wird die Rede Haases als Broschüre verbreitet, damit sie Gemeingut aller Genossen wird. Wir haben heute Protest gegen das Kriegswettrüsten und gegen die Schutzzölle einzulegen und die internationale Solidarität der Arbeiter und des größten Teils der Bürger an der Erhaltung des Friedens zu betonen. Wir haben für den Frieden zu manifestieren. Lensch muß ich in vielem entschieden widersprechen. Er hatte Unrecht, die Abrüstungsvorschläge in England ausschließlich auf egoistische Interessen der Bourgeoisie zurückzuführen. Campell Bannerman hat sofort nach seinem Regierungsantritt die Abrüstung betrieben, derselbe Mann, der sich gegen den Burenkrieg erklärt hat. Auch Cobden hat viel internationaler gedacht, als es Lensch dargestellt hat. Deutschlands Industrie hat sich glänzend entwickelt, ehe wir Kolonien hatten, ehe wir die Flotte so vermehrt hatten. Die Abrüstung ist keine Utopie; wir kommen auch ohne die Überspannung der kapitalistischen Entwicklung zum Ziel. Wir wollen bewußt eingreifen in diese Entwicklung zum Zweck der Förderung der Kultur. Wir halten das Wort hoch, das das Zentrum verraten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Das wollen wir erreichen durch internationale Verständigung der Völker, durch Abrüstung. Die deutsche Arbeiterschaft wird alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Wir betrachten den Imperialismus als eine unvermeidliche Konsequenz des Kapitalismus; die ganze Bourgeoisie tritt für diese Politik ein. Es ist nur eine Interessenpolitik für die Großkapitalisten, aber im übrigen eine Ideologie der ganzen Bourgeoisie, die eben notwendig aus den ökonomischen Verhältnissen stammt. Es wäre ganz unmarxistisch anders zu denken. Aus diesem Grunde halten wir es für utopistisch, eine Abkehr des Kapitalismus von diesem Wege zu erwarten. In bezug auf den Abrüstungsvorschlag der englischen Regierung kann ich Lensch nur zustimmen. England hat bei dem Wettrüsten nur zu verlieren. (Bernstein: Ohne das noch mehr!) Wir betonen die Unvermeidlichkeit des Imperialismus nur, um danach unsern Kampf gegen ihn einzurichten. Man sagt, nun sollen wir die Massen einfach vertrösten auf den Zukunftsstaat? Nein, wir sollen den Kampf für den Sozialismus ständig weiter führen. Wir müssen die Köpfe revolutionieren, um sie für immer stärkere Massenaktionen bereit zu machen. In diesen Massenaktionen vereinigt sich der Kampf für Augenblicksziele — ich erinnere an die Aktionen gegen die Teuerung — wie der Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. (Bravo!)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte über den Imperialismus wird fortgesetzt.

Grumbach-Kolmar: Die Debatte ist interessant, aber rein theoretisch. Ich meine, wir haben alle Tendenzen für den Frieden zu unterstützen. Die international verbrüderte Arbeiterschaft ist das stärkste Bollwerk für den Frieden, ihre Kraft hat sogar den Glauben an die Macht des Militarismus soweit erschüttert, daß die Herrschenden nicht mehr ganz sicher sind, ob er ganz in ihrem Sinne funktionieren wird. Das international investierte Kapital fördert auch das Bedürfnis nach Frieden. Auch das Finanzkapital hat kein Interesse am Wettrüsten, höchstens das Kapital, das in der Kriegsindustrie steckt; in dieser Beziehung hat Pannekoek vollständig Unrecht. Das Wettrüsten ist nicht unvermeidlich, es ist eine Naturnotwendigkeit. Wir können es bekämpfen, ohne als Ideologen zu erscheinen. Praktisch wäre für die deutsche Sozialdemokratie die Befolgung des Standpunktes von Pannekoek und Lensch eine Unmöglichkeit. Wir können die Abrüstung nicht fallen lassen, wir würden der Internationalität damit, wie uns einen sehr schlechten Dienst leisten. (Beifall.)

Dr. Karl Liebknecht: Zwischen Kautsky einerseits und Lensch und Pannekoek besteht ein Gegensatz, aber er ist nicht so tragisch zu nehmen. Lensch und Pannekoek haben den marxistischen Gedankengang nicht zu Ende gedacht, sondern sind auf halbem Wege stehen geblieben. Alle diese Fragen sind schon auf zwei internationalen Jugendkongressen eingehend besprochen worden. Der Imperialismus ist ein kapitalistisches Geschäft und unsere Tätigkeit erhöht für die Kapitalisten das Risiko einer kriegerischen Verwicklung derartig, daß sie sich scheuen, den internationalen Konkurrenzkampf durch einen Krieg zu unterstützen. Mit dieser unserer Verhinderungspolitik geben wir nicht einen einzigen marxistischen Grundsatz auf. Das beste Mittel für den Frieden ist unser Klassenkampf, und wir haben heute nur nötig, von neuem eine laute Manifestation für die internationale Solidarität zu veranstalten. Wir Arbeiter aller Länder, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Lebh. Beifall.)

Cohen-Leipzig: Die Idee der allgemeinen Abrüstung war früher in der Internationale nicht vertreten. Auch Bebel hat noch vor kurzem gesagt, nicht Abrüstung lautet die Parole, sondern Aufrüstung. Wenn England und Deutschland sich zu verständigen suchen, dann doch nur, um desto eher in der Lage zu sein, gemeinsam andere Konkurrenten auszuschalten, worin nur der Keim zu noch größeren Katastrophen liegt. Auch Schiedsgerichte werden einen Weltkrieg nicht verhindern können. Haase hat keinen Beweis für seine Behauptung angeführt, daß in unserer Bewegung Gegentendenzen liegen, die einen Weltkrieg verhindern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Dr. Quessel-Darmstadt: Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Übereinstimmung mit Lensch und Pannekoek insofern auszudrücken, als auch ich meine, daß das, was heute zu dem Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur der Anfang dieser Diskussion sein kann. Ich vermisse in der Resolution das Verlangen der handelspolitischen Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt, eine Forderung, die Bebel auf einem früheren Parteitag unter dessen stürmischen Beifall aufgestellt hat. Die Statistik beweist, daß die „offene Tür" allein das nicht leistet, was man von ihr erwartet hat. Trotz der offenen Tür können wir z. B. in Britisch Indien nicht eindringen, weil uns allein die staatliche Herrschaft daran hindert. (Ledebour: Welches Mittel haben Sie denn?) Ich habe das Mittel noch nicht gefunden, deshalb betone ich eben, daß das Problem erst angeschnitten ist, daß es zunächst einmal darauf ankommt, sich der Schwierigkeiten dieses Lebensproblems für die deutschen Arbeiter bewußt zu werden. (Bravo!) Eine Lösung liegt darin, daß wir überall für die Unabhängigkeit der Völker eintreten. Solange Persien selbständig ist, können nicht die handelspolitischen Zustände eintreten wie in den abhängigen britischen Kolonien. Das ist aber, wie gesagt, nur ein Moment in diesem Problem. So hätten wir auch die Notwendigkeit der Selbständigkeit Marokkos mehr betonen müssen als das geschehen ist. Wo die Regierung für unsere Selbständigkeit eintritt, müssen wir folgerichtig auf ihre Seite treten. Die Resolution bedeutet, so wie sie vorliegt, keine Lösung des Problems.

Ledebour-Berlin: Die statistischen Bedenken des Genossen Quessel beweisen uns, daß er sich noch nicht tief genug mit dieser Handelsstatistik beschäftigt hat. In den Einfuhrzahlen Englands nach seinen Kolonien stecken auch sehr viele deutsche Waren. (Sehr richtig!) Die Konsequenz seines Gedankenganges in dem Artikel in den „Soz. Monatsheften" läuft darauf hinaus, daß auch wir auf Kolonialerwerb ausgehen müssen. Ich hätte geglaubt, daß der Artikel von einem Nationalliberalen wie Paasche stammt, wenn ich nicht den Namen eines Sozialdemokraten darunter gelesen hätte. (Hört, hört!) — Lensch und Pannekoek gehen davon aus, die heutige Politik der kapitalistischen Staaten lasse sich nur durchführen mit gewaltsamen Mitteln, England z. B. wolle alle Völker zur Unterlegenheit zur See verurteilen. Aber diese Tendenz des Kapitalismus ist keine absolute. Es wirken eben verschiedene Tendenzen im Kapitalismus, z. B stehen der absoluten freien Konkurrenz innerhalb des Kapitalismus die Kartelle und Trusts gegenüber. Dies übertragen auf die internationale Konkurrenz der kapitalistischen Staaten führt zu dem Verständnis der Vorschläge Englands auf Beschränkung der Rüstungen, die eben das Ziel haben, eine gemeinsame Ausbeutung des Weltmarkts zu ermöglichen. Diese Tendenz zu stärken haben wir alle Ursache, weil sie unserm Wunsch und Willen den Frieden aufrecht zu erhalten entgegenkommt. (Sehr richtig!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Quessel (persönlich): Mein Artikel in den „Soz. Monatsheften" hatte das Ziel, nachzuweisen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern aus egoistischen Motiven für den Imperialismus eintreten. Inwiefern ein solcher ökonomisch-historischer Nachweis der Ausfluß nationalliberaler Gesinnung ist, kann ich nicht begreifen. Ich weise seine Verdächtigung als ganz ungerechtfertigt zurück.

Ledebour: Ich habe Quessel durchaus nicht vorwerfen wollen, daß er bewußt nationalliberale Politik macht. Ich habe nur gemeint, daß sein Gedankengang, der auf ungenügendem Verständnis handelspolitischer Zahlen beruht, mit logischer Konsequenz zur Befürwortung der heute von der Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen muß. (Dr. Frank: Ebenso wie die Ansichten von Lensch!)

Dr. Quessel: Ich bin lediglich für eine zivilisatorische Kolonialpolitik eingetreten.

Ledebour: Ich habe nur auf die logische Konsequenz Ihres Gedankengangs hingewiesen. (Dr. Quessel: Ihre Logik!)

Haase (Schlußwort): Cohen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er nach Art mancher Advokaten (Heiterkeit) die Beweislast, die ihm zufiel, mir zugeschoben hat. — Bernstein verlangte Aufnahme eines Passus über die Schiedsgerichte. Wir fordern sie alle, aber ich kann ihnen nicht die übertriebene Bedeutung zuerkennen, wie das Bernstein zu tun scheint. — Einig sind wir darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen die Kriegshetze aufzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution wird gegen drei Stimmen angenommen.

Es folgt die

Maifeier.

Ref. Pfannkuch: Der Parteivorstand empfiehlt Ihnen, eine Änderung in der Feier des 1. Mai nicht vorzunehmen, und die Arbeitsruhe nach wie vor für die würdigste Form der Maifeier zu erklären. Der der Maifeier gegebene Inhalt ist noch lange nicht erfüllt. Sie ist jetzt ausgedehnt auf die Erzielung des Völkerfriedens und die Beseitigung des Wettrüstens. Auf dem Nürnberger Parteitag ist nun beschlossen, daß die Parteimitglieder, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen. Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die mit diesem Antrag gemacht sind, nicht geeignet sind, die Maifeier würdiger zu gestalten. Es sei daher besser im Interesse des Parteifrie-

---

nuten bei Ihnen eintreten", sagte er, als wir die Tür erreichten; ehe ich jedoch einen Entschluß fassen konnte, war er bereits im Zimmer und zündete, wie um meine Besorgnisse zu beseitigen, eine helle Gasflamme an. Ich war ihm notgedrungen gefolgt, er sah, als sei ich bei ihm zum Besuch, und er nicht bei mir, einen Stuhl für mich herbei, und als ich, mit dem festen Entschlusse keine Art von Ungehörigkeit zu ertragen, mich gesetzt hatte, begann er: „Ich denke, Miß Heyer, daß wir beide in dem einen Punkte gleicher Meinung sein werden, bei unserer jetzigen Reise den möglichst besten Gewinn herauszuschlagen. Vielleicht wissen Sie aber, daß Mr. Fontride in allem, was über den Geschmack hinausgeht, ein pures Kind ist, und daß ich es bin, der das ganze Geschäft macht, während Sie in Ihrer Person allein die künstlerische Anziehungskraft bilden. Jetzt frage ich Sie, warum wir beide uns für den Nutzen anderer quälen sollen? Nehmen Sie Ihr Talent und meine Geschäftsroutine von der Truppe, und es bleibt nichts. Ich schlage Ihnen ein Konvenienzgeschäft zwischen uns vor, am Leben für das ganze Leben als Mann und Frau, das Ihnen auch zugleich die sicherste Garantie für meine Ehrlichkeit bietet: in acht Tagen will ich bessere Kräfte als die jetzigen bei einander haben, und in zwei Jahren sollen Sie eine reiche Frau sein. Was sagen Sie zu der Idee, die Ihnen vielleicht unerwartet kommt, die Sie aber jeder Abhängigkeit entreißt und Ihnen den vollen Ertrag Ihrer Begabung zusichert, Miß?"

„Ich sage, daß ich meinen eingegangenen Kontrakt halten werde", erwiderte ich ihm kalt. „Im übrigen habe ich meines jetzigen Berufs mehr der Befriedigung, welche mir die Kunst gewährt, als eines hohen Gewinnes wegen ergriffen."

„Genau, was ich als erste Antwort von Ihnen erwarte", lachte er, „indessen meine teure Miß", setzte er ernster hinzu, „wissen Sie nun, warum ich Ihnen näher trat, und ich denke viel zu hoch von Ihrem Verstande, als daß ich nicht die nähere Erwägung meines Vorschlages von Ihnen erwarten sollte. Selbst wenn man nicht nur dem Gewinne allein nachgeht, wird doch der Kluge nicht seine besten Kräfte sparen, nur um andern Leuten die Taschen zu füllen — namentlich wenn er es in der Hand hat, sich eine eigene sorgenfreie Zukunft zu gründen. In einigen Tagen sehen wir uns wieder", setzte er, seinen Platz verlassend, hinzu, „und dann wollen wir den Gegenstand noch einmal aufnehmen."

„So—" schloß Matilde mit einem tiefen Atemzuge ihre Erzählung, „so ist jetzt meine augenblickliche Stellung in dieser Truppe. Die Konflikte, die sich daraus entwickeln müssen, scheinen mir schon heute abend mit der handgreiflichen Zurückweisung Meiers begonnen zu haben, und ich will den nachfolgenden aus dem Wege gehen, will ich die Unannehmlichkeiten meiner haltlosen Lage nicht bis zum Boden durchkosten, so muß ich einen raschen, bestimmten Entschluß fassen — und nun, Max, nachdem Du alles gehört hast", fuhr sie fort, ihre Hand auf die seine legend, „sprich Deine Gedanken gegen mich aus — offen, so offen als ich mich Dir gegeben!"

Reichardt nahm des Mädchens Finger leicht zwischen seine beiden Hände, und in seinem Gesichte begann es wie ein klarer, beglückender Entschluß aufzuleuchten. „Als Du in Neuyork nicht wußtest, wohin allein in der großen Stadt", begann er lächelnd, ihr in das große, tiefe Auge blickend, „da führten wir das Geschwister-Verhältnis zwischen uns ein, Matilde. Wir hätten das, trotz aller obwaltenden Verhältnisse, wohl nicht getan, wenn unsere Seelen nicht etwas Verwandtes gehabt hätten, das uns zu einander zog. Das Geschwister-Verhältnis erwies sich nicht ganz stichhaltig", fuhr er mit einem neuen Lächeln fort, vor welchem sich ihre Wangen leicht färbten, „und heute, wo Du Dich fragst, wohin allein in der weiten Welt, sitzen wir wieder beratend beieinander. Warum ergreifen wir nun nicht ein Auskunftsmittel, das so nahe liegt, Matilde? Mir sind die besten Hoffnungen auf einen reichen Erwerb durch Unterricht hier gemacht, um Dich wird sich alles reißen, was nur einer Sängerin bedarf — wirf das wandernde Leben von Dir, gib mir die Hand, und wir gehen morgen früh zum nächsten Friedensrichter, um uns durch keine Lage dieses Lebens wieder von einander trennen zu lassen!"

Es war ein Ton der vollsten Innigkeit, mit welchem die letzten Worte gesprochen waren, und des jungen Mannes Auge glänzte wie in der vollsten Genugtuung seines Herzens. In Matildens Gesicht war eine glühende Röte getreten; aber sie schlug den Blick nicht nieder, ihre Hand umfaßte warm die seinige und plötzlich brachen wie zwei helle Bäche die Tränen aus ihren Augen.

„Matilde, warum denn weinen?" rief Reichardt, als überkomme ihn selbst eine plötzliche Rührung; das Mädchen aber erhob sich rasch und neigte sich über ihn, zwei, drei rasche, heiße Küsse brannten auf seinen Lippen, dann, in ausbrechenden Schluchzen, wandte sie sich nach dem andern Ende des Zimmers.

Der junge Mann war aufgesprungen. „Gott, was ist es denn, Matilde? habe ich denn mehr gesagt, als nur völlig natürlich ist?" rief er; sie aber wandte ihm das Gesicht langsam wieder zu. „Laß nur, es ist schon vorüber," sagte sie, während in ihren Zügen ein Lächeln mit ihrer Erregung zu kämpfen schien. „Ich danke Dir, Max," fuhr sie herantretend und ihre Hände ihm entgegenstreckend, fort, „ich danke Dir aus der Tiefe meines Herzens, denn Du hast mich so glücklich gemacht, wie Du es selbst nicht weißt — aber Max, es kann ja nun und nimmermehr sein, was Du aussprachst!"

„Sprich jetzt nicht und laß mich ausreden," fuhr das Mädchen, fast krampfhaft die erfaßte Hand drückend, fort, als Reichardt eine Bewegung zur Entgegnung machte, „ich weiß ja alles, was Du sagen könntest; ich aber sage Dir, Max, daß die Regung, welche Dich jetzt zu Deinem Vorschlage getrieben, doch weiter nichts ist, als das Mitleid mit meiner augenblicklichen Lage, daß es unser beider Unglück herbeiführen hieße, wollte ich leichtsinnig dem Drange des Augenblicks folgen. Laß mich ausreden," wiederholte sie leidenschaftlich, als er einen neuen Versuch, sie zu unterbrechen, machte, „ich weiß, daß Du mit voller brüderlicher Herzlichkeit an mir hängst, daß Du im Augenblicke Dein eigenes Glück in dem meinen finden würdest; aber ich bin ein egoistisches Geschöpf, Max, und verlange mehr; wo ich mich in Liebe hingebe, will ich wieder geliebt sein mit derselben Glut, deren ich selbst fähig bin, oder ich müßte mich innerlich verzehren — und wenn mir die volle Befriedigung meines Herzens nicht werden kann, will ich wenigstens nicht mehr zu geben haben, als ich zurückempfange. Ich bin zweiundzwanzig Jahre alt, Max, Du erst zwanzig und kennst Dich selbst noch nicht. Aber der rechte Augenblick wird auch für Dich noch kommen, und ich würde sterben müssen, wenn ich ein neues Leben in Dir entstehen sähe, das nicht durch mich geweckt worden wäre; Du aber würdest dann, so lange ich noch lebte, die Last verwünschen, die an Dir hinge, selbst wenn Dir Dein gutes Herz das laute Geständnis versagte. Ich wußte es schon in Neuyork, daß wir einander nicht gehören durften, und es war mir gelungen, mich zum Frieden mit mir selber durchzuarbeiten — laß ihn mir, Max," schloß sie mit einem Blicke eigentümlich schmerzlicher Bitte, als sei sie trotz aller Worte ihrer selbst noch nicht sicher, „wirf mich nicht in neue Kämpfe, die nimmermehr zu unserem Heil führen würden."

„Aber gibt es denn ein dauerndes Glück in der leidenschaftlichen Erregung, wie Du sie andeutest?" fragte Reichardt, sichtlich durch den Erguß des Mädchens herabgestimmt. „Ich weiß, daß meine Empfindungen nicht über eine gewisse Höhe steigen, dafür aber kann ich ihrer Dauer sicher sein und mich ruhig dem Wege überlassen, den sie mich leiten. Ich weiß, daß ich meine volle Befriedigung an Deiner Seite gefunden hätte, Matilde — Dir genügt aber das nicht; und doch sucht Du vielleicht das Glück da, wo es am wenigsten zu Hause ist."

(Fortsetzung folgt.)

dens, diesen Antrag 90 aufzuheben. (Sehr richtig!) Wir haben die Bezirksvorstände aufgefordert, sich über die Wirkung dieses Antrags in ihrem Bezirk zu äußern. Beschämenderweise lauten zahlreiche Berichte dahin, daß die übelsten Erfahrungen mit der Durchführung dieses Beschlusses gemacht worden sind. (Hört, hört!) Nur aus einem Bezirk ist eine ziemlich befriedigende Auskunft eingegangen. Aus den anderen Bezirken könnte ich krasse Beispiele anführen. So wird darauf hingewiesen, daß unter den Buchdruckern in den Parteidruckereien sich eine förmliche Organisation zur Umgehung des Nürnberger Beschlusses gebildet hat. (Hört, hört!) Von Gewerkschaftsbeamten hat man darauf hingewiesen, sie seien verpflichtet gewesen, am 1. Mai Arbeit zu leisten und wären deshalb nicht gezwungen, den Tagesverdienst abzuführen. Diese Genossen gewiß formal recht (Hört, hört!), aber sie hätten den Tag schon leisten sollen, um nicht in den Verdacht zu kommen, nur deshalb am 1. Mai gearbeitet zu haben, um den Pflichtbeitrag nicht leisten zu müssen. Weiter weist man darauf hin, daß diesmal vielfach die Konsumvereine am 1. Mai ihre Läden offen gehalten haben, das hätte man ebenfalls unterlassen sollen, da ja doch die Konsumvereine auch auf die Unterstützung der Partei rechnen. Die Fassung des Nürnberger Beschlusses ist zweifellos keine glückliche. „Arbeiter und Mitglieder der Partei", die am 1. Mai nicht arbeiten müssen, festzustellen, ist sehr schwierig. Ich habe die Auffassung, daß man ursprünglich nur die Beamten der Partei treffen wollte, und würde persönlich empfehlen, nur insoweit den Antrag aufrecht zu erhalten, wenn man nicht zu einer Aufhebung des Antrages überhaupt kommen sollte. Ich meine selbst, wenn der Antrag aufgehoben wird, bleibt für die Parteiangestellten die moralische Pflicht bestehen, einen Tagesarbeitsverdienst am 1. Mai abzuführen. (Bravo!) Der Parteivorstand hält also die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses für im Interesse des Parteifriedens liegend. Im nächsten Jahre fällt ja der 1. Mai auf Himmelfahrt, sodaß wir jedenfalls werden ausposaunen können, daß die Maifeier sich so umfangreich gestaltet hat, wie nie zuvor. (Heiterkeit.) Hoffentlich wird sie sich aber auch in Zukunft immer würdiger gestalten. (Bravo!)

Pryssel-Leipzig: Als Mitglied der Beschwerdekommission habe ich den Auftrag, Ihnen einen speziellen Fall mitzuteilen. Drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erklärten, arbeiten zu müssen. Das Ausschlußverfahren wurde eingeleitet, zuerst zurückgewiesen und nach Jena wieder aufgenommen. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß abgelehnt, aber die Verpflichtung der drei Beamten zur Abführung des Tagesverdienstes ausgesprochen. Dagegen führen die drei Beamten Beschwerde. In einem anderen Falle, wo Beamte des Transportarbeiterverbandes Streikposten gestanden haben, hat die Beschwerdekommission anerkannt, sie seien nicht verpflichtet, den Tagesverdienst abzuführen. Darauf fußen die Beschwerdeführer aus Dresden. Das formale Recht steht zweifellos auf seiten der Beschwerdeführer, aber wir wollen es als moralische Pflicht der Gewerkschaftsbeamten aussprechen, daß sie den Tagesverdienst abführen, denn im Interesse der Gewerkschaften werden die Maifonds gesammelt. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Der Nürnberger Beschluß ist ein Schulbeispiel dafür, daß man nicht Anträge beschließen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher klargestellt hat. (Sehr richtig!) Daß unter den Nürnberger Beschluß wir Angestellte usw. fallen konnten, soweit sie Parteigenossen sind, ist selbstverständlich. Der Unwille ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Ungerechtigkeiten daraus entstanden, daß der eine bezahlen muß und andere nicht, weil sie nicht zu fassen sind. (Sehr richtig!) Für die Genossen in Privatbetrieben z. B. fehlt uns jede Kontrolle. Auch wird die soziale Lage des einzelnen durch den Beschluß gar nicht berücksichtigt. In vielen Orten hat man sich überhaupt nicht um den Beschluß gekümmert. (Sehr richtig!) Im Interesse der Partei bitte ich, den Beschluß von Nürnberg zu beseitigen; er ist nur ein Stein, der uns die Arbeit im Befreiungskampfe erschwert. — In dem Beschwerdefall kann nicht das moralische, sondern es muß das beschlossene Recht in Frage kommen. Wer gearbeitet hat am 1. Mai hat eben nach dem Nürnberger Beschluß keine Verpflichtung zur Abführung des Tagesarbeitsverdienstes. Heben Sie den Nürnberger Beschluß auf, die lumpigen paar Mark, die dadurch eingekommen sind, können gegenüber den Schädigungen des Parteifriedens nicht in Betracht kommen. (Lebh. Beifall.)

Ehlers-Lübeck: Wir in Lübeck sind stets für volle Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Wir sind aber der Meinung, daß die Maifeier in der jetzigen Weise nicht mehr haltbar ist. (Sehr richtig!) Die Beteiligung geht von Jahr zu Jahr zurück. Die Holzarbeiter, die Metallarbeiter feiern seit Jahren nicht mehr. Von den Kapitalisten wird die Aussperrung angedroht, vom Gewerkschaftsvorstande wird gesagt: Ihr werdet nicht unterstützt. Wenn die größten Fabriken arbeiten, so ist das doch keine Demonstration für den 1. Mai. Die Arbeiter in den großen Fabriken müssen doch dabei sein. Die jetzige Art der Maifeier ist keine würdige. Ich bin für die Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses; aber wir müssen auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn Angestellte am 1. Mai gearbeitet haben, darf man wohl sagen, sie haben das getan, um Geld zu sparen. Wir hatten einen Genossen, der von der Organisation beauftragt war, einer Gerichtsverhandlung am 1. Mai beizuwohnen. Er lehnte die Abführung des Tagesverdienstes ab und sagte: Ich habe ja gearbeitet. Gegenwärtig geschieht das nur, weil man weiß, daß nichts darauf geschieht. Den Ausführungen von Lipinski, daß wir auf die soziale Stellung Rücksicht nehmen müssen, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Würden diejenigen Genossen, die in einem Parteibetriebe beschäftigt sind, betroffen, so müssen sie doch den Tagesverdienst auch entbehren. Auf die paar lumpigen Pfennige kommt es natürlich nicht an. Aber die Angestellten sollen ihren Opfermut beweisen.

Es läuft ein Antrag Wels-Giebel ein, den Nürnberger Beschluß nur noch für Angestellte der Partei und Gewerkschaften in Geltung zu lassen.

Hense-Hamburg: Die Stellungnahme Pfannkuchs war weder Fisch noch Fleisch. An der Arbeitsruhe in der heutigen Form will er festhalten, die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stellt er dem Parteitag anheim. Wir von Hamburg werden an diesem Nürnberger Beschluß festhalten, solange die Arbeitsruhe weiter besteht. Wird der Nürnberger Beschluß aufgehoben, so hat die Arbeitsruhe ein Ende. (Widerspruch und Zustimmung.) Die große Masse der Genossen wird nicht mehr die Opfer der tagelangen Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe auf sich nehmen, wenn die Parteiangestellten nicht einmal das Opfer des Tagelohns bringen wollen. (Sehr richtig! Es kommt sehr auf die Handhabung des Beschlusses an. Man muß die Genossen zur Opferfreudigkeit erziehen. Bei uns haben alle Genossen, die in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften angestellt sind, den Tagelohn abgeführt und die Arbeitsruhe ist bei uns immer am ausgedehntesten gewesen. Sie wird aber mit dem Augenblick verschwinden, wenn der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird. (Unruhe.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Robert Schmidt-Berlin: Es ist außerordentlich peinlich, daß gerade die Frage, ob die Parteiangestellten einen Tagesverdienst am 1. Mai abführen sollen, auf dem letzten und diesem Parteitag zu solchen Debatten geführt hat. Ich bedaure es in hohem Maße, wenn Gewerkschaftsangestellte so wenig Opferfreudigkeit bewiesen haben, daß sie dem Nürnberger Beschluß nicht nachgekommen sind. Das ist kleinlich und unwürdig und erzeugt nur die Stimmung, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern herbeizuführen. Ein solcher Beschluß ist durchführbar. Auf besondere Verhältnisse wie Krankheit usw. wird Rücksicht genommen werden.

Nunmehr wird ein erneuter Schlußantrag angenommen.

Pfannkuch betont in seinem Schlußwort, daß eine Konferenz der Landes- und Bezirkssekretäre sich für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses erklärt habe und bittet, eventuell dem Antrag Wels zuzustimmen.

Über die Anträge auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses wird namentlich abgestimmt.

Der Nürnberger Beschluß wird mit 271 gegen 221 bei 2 Stimmenthaltungen aufgehoben. Es entsteht nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob jetzt noch über den Antrag Wels, wonach nur Partei- und Gewerkschaftsangestellte zur Abführung eines Tagesverdienstes am 1. Mai verpflichtet sein sollen, abgestimmt werden könne. Schließlich wird mit Rücksicht darauf, daß die Frage im nächsten Jahre nicht aktuell wird, weil der 1. Mai auf einen Feiertag fällt, der Antrag Wels dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung überwiesen. Der von Ryssel erwähnte Beschwerdefall wird auf morgen zurückgestellt.

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt.

Schluß 6½ Uhr.

* * *

Am Sonnabend nahm der Parteitag zunächst den Bericht der Beschwerdekommission entgegen, die nach genauer Prüfung zu dem Schluß gekommen ist, die Zurückweisung der Beschwerde des Genossen Hildebrand gegen seinen Ausschluß zu empfehlen. Hildebrand, ehemaliger Nationalsozialer, habe die Basis der Sozialdemokratie verlassen. Nach dem Verlaufe einer mehrstündigen Debatte entschied sich dann die Mehrheit für den Ausschluß Hildebrands. Sodann hielt Genosse Molkenbuhr das Referat über den internationalen Kongreß, der erst 1914 stattfinden soll. — Die Neuwahlen zum Parteivorstand ergaben das Resultat, daß derselbe Vorstand wiedergewählt wurde. — Die Freidenkeranträge wurden zurückgezogen. — Damit war die Tagung des diesjährigen Parteitages an ihrem Schlusse angelangt. Das Schlußwort hatte Genosse Haase.

Aus der Jugendbewegung.

Staatliche Jugendfürsorge. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahndirektion in Berlin ermächtigt, die für den allgemeinen Verkehr beschlossene Fahrpreisermäßigung im Interesse der Jugendpflege auch für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr mit gewissen, im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse von Groß-Berlin notwendigen Einschränkungen zu gewähren. Bedingung ist u. a., daß der antragstellende Verein einer staatlich geförderten Organisation für Jugendpflege angehört, und daß es sich um einen Ausflug im Interesse der Jugendpflege handelt. Also Arbeiter-Jugendvereine erhalten bei ihren Ausflügen auch hier wie anderwärts die Eisenbahnvergünstigungen nicht. Man ersieht daraus wieder, daß die staatliche Jugendfürsorge im Grunde genommen nicht den Zweck haben soll, das Wohl der Jugend zu fördern, sondern sie will nur die Jugend isoliert halten und den Einflüssen der modernen Arbeiterbewegung entziehen. Ein lächerliches Beginnen!

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter. Durch eine Massenversammlung leiteten die städtischen Arbeiter Charlottenburgs eine Lohnbewegung ein. Die Forderungen lauten auf Abschluß eines Tarifvertrages unter Erhöhung der gegenwärtigen Lohnsätze um im Durchschnitt 2 Mark pro Woche. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und die vereinigten Arbeiter-Ausschüsse wurden beauftragt, die notwendigen Verhandlungen einzuleiten. Die Stadtverordnetenversammlung in Neukölln beschloß in ihrer Sitzung am 19. September eine Neuregelung der Löhne der städtischen Arbeiter. Der Minimallohn für sämtliche ungelernte Arbeiter wurde von 4,25 Mark auf 4,50 Mark pro Tag, der Höchstlohn (nach 6 Jahren erreichbar) von 4,75 auf 5,04 Mark erhöht. Entsprechende Erhöhungen traten für die übrigen Arbeitergruppen ein. Die Gesamtsumme der Erhöhungen beträgt ca. 50 000 Mark im Jahre. Die Beschlüsse treten vom 1. Oktober an in Kraft. — Der Antrag der Arbeiter auf Zahlung von Wochenlöhnen wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Abschluß eines Tarifvertrages der Lohnkommission und den Arbeiter-Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen. Der Stadtverordnetenversammlung soll eventuell eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Tabakarbeiter in Görlitz. Nach längeren Verhandlungen des Tabakarbeiterverbandes mit den Inhabern der drei großen Zigarrenfabriken in Görlitz sind für die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen dieser Firmen Lohntarife abgeschlossen worden, die ihnen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 10 bis 15 % bringen. Diese Erfolge sind dem guten Organisationsverhältnis unter den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen zu verdanken. Sind doch von den an der Lohnbewegung beteiligten 530 Personen 391 Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Verhandlungen zogen sich deswegen in die Länge, weil die Firmen in der Umgegend von Görlitz Filialbetriebe unterhalten. Bemerkenswert ist, daß in einem Betriebe die Sortiererinnen und die Kistenmacher leer ausgingen, weil sie nicht organisiert waren.

Allgemeine christliche Streikbruchparole? Allmählich gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die Parole des Streikbruchs für die christlichen Gewerkschaften allgemein gegeben worden ist und daß bei dem großen Bergarbeiterkampf die Probe aufs Exempel gemacht wurde. Die Tabakarbeiter bei der Firma Caprano & Gruhn in Werste i. W. einigten sich mit den Christen zu einem Vorgehen wegen Lohnerhöhung. Bekanntlich hatten die Fabrikanten bei Beendigung der großen westfälischen Aussperrung eine allgemeine Lohnrevidierung versprochen. Dem war die Firma nicht nachgekommen. Obgleich nun die Christen in Werste die Freiorganisierten zum Vorgehen nicht genug ermuntern konnten und für volle Einigkeit garantierten, erschien, als es zum Klappen kommen sollte, in einer Versammlung der christliche Bezirksleiter Röößß und wimmelte ab, indem er erklärte, daß die Christen nicht mitmachen, weil sie nicht rechtzeitig genug in Kenntnis gesetzt worden seien. Auf den Zwischenruf: Ihr habt ja kein Geld! sagte dann dieser Vertreter des christlichen Tabakarbeiterverbandes: „Nicht des Geldes und der Taktik wegen, sondern aus Prinzip machen wir diesen Kampf nicht mit. Zwischen uns und dem deutschen Tabakarbeiterverband ist eine Scheidewand aufgebaut. Die Arbeiter haben ja den Schaden davon, ändern tut das aber nichts an unserer Haltung", sprachs und verschwand. Da die christlichen Tabakarbeiter in Werste keine Unterstützung erhalten, könnten sie nicht mit in den Kampf treten und müssen sich nun in die Rolle als Arbeitswillige fügen. Gewiß ist der christliche Tabakarbeiterverband durch die große westfälische Aussperrung auf Jahre hinaus finanziell lahmgelegt, aber für die 26 Mitglieder, die hier in Frage kamen, hätt's wohl gereicht, aber: Aus Prinzip wird nicht gestreikt. — Auch bei der Firma Kersken in Orsoy (Niederrhein) haben die christlichen Tabakarbeiter, obgleich sie sich mit einem Vorgehen einverstanden erklärten, auf Weisung ihres Verbandsvorstandes die Arbeit nicht niederlegen dürfen. Also auch der christliche Tabakarbeiterverband organisiert grundsätzlich den Streikbruch.

Soziales.

Ein Entwurf über die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen wird nach einer politischen Korrespondenz dem Reichstage im Dezember zugehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine ganze Kompagnie unter Anklage. Heute wird vor dem Schwurgericht des Potsdamer Landgerichts gegen die ganze 6. Kompagnie des ersten Garderegiments wegen militärischen Ungehorsams verhandelt. Die 6. Kompagnie hat sich beim Kaiserpreisschießen im Wettbewerb mit einer Kompagnie des vierten Garderegiments insofern Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, als die Mannschaften über mehr Schießmunition verfügten, als sie der Kopfzahl nach haben sollten. Dadurch kam es zu irreführenden Resultaten beim Kaiserpreisschießen.

Gerichtliches Nachspiel zu einem Eisenbahnunglück. Der Aushilfsbahnwärter Fritz Standtke aus Mariahöfchen wurde am Sonnabend von der dritten Strafkammer des Landgerichts Breslau wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Der Verurteilte war überführt, am 30. Juni, nachts, die Schranke zwischen den Stationen Herrnprotsch und Schmiedefeld auf der Strecke Breslau-Berlin nicht geschlossen und dadurch verschuldet zu haben, daß ein mit Ausflüglern besetztes Fuhrwerk überfahren wurde. Bei dem Unglück wurden damals elf Personen getötet und zehn schwer verletzt.

Kulturpioniere. Vor dem Windhuker Bezirksgericht fand Mitte August eine Verhandlung statt, die erneut zeigt, was manche Farmer unter der von unsern Kolonialschwärmern so gepriesenen „Kulturmission" der weißen Rasse verstehen. Wegen Mißhandlung von Eingeborenen hatte sich der Farmer Kramer aus Otjisororindi zu verantworten. In der bürgerlichen Presse lesen wir darüber: Kramer wurde durch die Zeugenaussagen der mehrfachen Körperverletzung überführt, indem er den Herero Wabe in ein Zimmer einsperrte und ihn derartig mit einer Kette fesselte, daß er einen Tag und eine Nacht lang in gebeugter Haltung zubringen mußte — in gleicher Weise das Hereromädchen Sofine vier Tage lang mißhandelte, — das Hereroweib Alwine durch Schläge mit dem Schambock blutig schlug und sie dann durch Fesselung mit einer Kette drei Tage lang in hockender Stellung zubringen ließ, — am 27. Januar 1907 den Kaffer Juli derartig mit dem Schambock blutig schlug, daß sein Leben durch die erhaltenen Wunden gefährdet wurde — am 29. und 30. Januar 1912 das Hereroweib Konturu mit dem Schambock derartig schlug, daß sie blutende Wunden davontrug, sie auch wiederholt mit dem beschuhten Fuß gegen den Kopf und den Unterleib stieß, — das Buschweib Grunas derartig mit dem Schambock schlug und mit dem beschuhten Fuße gegen den Unterleib trat, daß sie bald darauf eine Fehlgeburt erlitt. Kramer erklärte, er habe sich zu diesen „Züchtigungen" durchaus für berechtigt gehalten. Er behauptete auch, daß die Eingeborenen ihn und seine Familie hatten vergiften wollen. Dieser selbe Kramer hat auch einem Kaffern, namens Hiweib, ohne weiteres dessen ganzes Vieh, 18 Stück Schafe, weggenommen, weil ihm angeblich durch Hiweibs und seines Weibes Schuld 50 bis 60 Schafe verloren gegangen waren. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Was, so ohne weiteres, ohne gerichtliche Entscheidung, nehmen Sie dem Eingeborenen sein Vieh weg?" erwiderte der Angeklagte, er habe die schriftliche Genehmigung dazu, vom Polizeichef Grafen Schwerin unterzeichnet, erhalten! Das Urteil lautete wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit und Nötigung auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte dreieinhalb Jahre Gefängnis beantragt. — Die mehr als eigenartige Polizeipraxis, die der Polizeichef Graf Schwerin auszuüben beliebt, wird von unseren Genossen im Reichstage bei Beratung des Kolonialetats noch einer scharfen Kritik unterzogen werden müssen. Denn daß die Reichsregierung aus eigenem Antriebe hier Abhilfe schaffen wird, wer vermöchte das im Ernste zu glauben?

Aus Nah und Fern.

Todessturz von der Siegessäule in Berlin. Der 20jährige Sohn des Tapetenhändlers Büttner hatte sich mit einer Kinematographen-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, um ihr gestern morgen 8 Uhr ein Fallschirm-Experiment vorzuführen, das er von der Siegessäule aus vorführen wollte. Nachdem die Operateure ihre Apparate aufgestellt hatten, stürzte sich der junge Mann herab, ohne einen Fallschirm aufzuspannen. Er schlug auf die zweite Plattform und war sofort tot. Büttner hatte schon vor 4 Wochen einen Selbstmordversuch gemacht. — Nach einer anderen Meldung handelt es sich um einen Unglücksfall, da der Fallschirm versagte. Der Photograph habe nach dem Sturz schleunigst das Weite gesucht und sei nicht zu ermitteln gewesen.

Zehn Tage im Eiskeller eingeschlossen. Ein fast unglaublicher Vorfall wird dem „Berliner Tageblatt" aus der erzgebirgischen Stadt Annaberg gemeldet. Dort hatte der 14jährige Schulknabe Scharfschmidt mit zwei anderen Kameraden, darunter dem zehnjährigen Pflegesohn des Arbeiters Streusel eine Reihe Diebstähle verübt. Die Familie des einen Knaben verzog bald darauf von Annaberg. Scharfschmidt, der befürchtete, daß der junge Streusel die Diebstähle eingestehen könnte, beschloß, den Kleinen unschädlich zu machen. Er verschleppte ihn in den Eiskeller eines Restaurants und sperrte ihn dort ein. Täglich kam Scharfschmidt zu seinem Opfer, um ihm etwas Wasser und ein Brötchen zu bringen. Der Knabe hielt es schließlich nicht mehr in seinem Gefängnis aus und durchbrach ein Kellerfenster. Vor Ermattung brach er jedoch bald darauf zusammen und wurde vollständig entkräftet aufgefunden. Der Knabe war zehn Tage lang in dem Eiskeller eingeschlossen, mehrere Zehen waren ihm erfroren, sodaß voraussichtlich zu einer Amputation des Beines geschritten werden muß. Der 14jährige Scharfschmidt wurde in Haft genommen.

Für Landarbeiter gut genug! Auf einem Rittergut im Kreise Neumarkt erkrankten während der Ernte mehrere galizische Erntearbeiter unter Vergiftungserscheinungen.

nungen. Die Untersuchung ergab, daß das den Leuten gelieferte Deputatmehl und Brot von schlechter Beschaffenheit war. Das chemische Untersuchungsamt Breslau stellte fest, daß das Mehl ein ekelhaftes Aussehen zeigte und von ausgewachsenem Getreide herstammte. Da einem Bäckermeister Hein aus Beuthen von mehreren Rittergütern die Lieferung des Deputatmehles und -brotes übertragen ist, wurde dieser angeklagt und von der ersten Breslauer Strafkammer zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte fünf Monate Gefängnis beantragt. — Die wirklich Schuldigen, die Agrarier, die bei Abschluß der Lieferung zweifellos die Preise drückten, gingen leider straffrei. Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

Familientragödie. Im Süden Berlins durchschnitt die Frau des Arbeiters Richter die Pulsadern und erstickte auch ihr sechs Jahre altes Kind. Sie hat die Tat aus Gram über den Tod ihres zehn Jahre alten Kindes begangen, das von einem Wagen überfahren wurde. Frau Richter ist an den erlittenen Verletzungen gestorben. Das sechs Jahre alte Kind wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo man hofft, es am Leben zu erhalten.

Schwerer Unfall. Als der Inhaber der Berliner Großfirma B. Manheimer, Oscar Manheimer, in einem Automobil zur Jagd bei Titzon in der Nähe von Nauen fuhr, entlud sich plötzlich das Gewehr, das er auf den Boden des Autos gestützt hatte. Die ganze Schrotladung drang in den Kopf des Unglücklichen und führte seinen Tod herbei.

Durch eine Pulverexplosion in der Versuchungssprengstoff-Fabrik Reinsdorf bei Wittenberg sind drei Beamte und ein Arbeiter schwer verletzt worden.

Die Tragödie des Dr. Blume. Aus Posen wird gemeldet: Nach den bisherigen Ermittelungen scheint sich die Tat der Frau Dr. Blume in folgender Weise abgespielt zu haben: Dr. Blume hatte ein schriftliches Geständnis von dem Liebhaber seiner Frau in Händen, worin der Ehebruch zugegeben wurde. Dieses Geständnis wollte die Frau auf alle Fälle zurückhaben. Am Tatort des Mordes scheint sie nun versucht zu haben, ihren Mann zu überreden, von einer Ehescheidungsklage abzusehen. Als Dr. Blume ihren Bitten kein Gehör schenkte, griff die Frau zum Revolver. Möglicherweise hatte sie auch die Absicht, im Falle, daß sie nichts erreichte, Selbstmord zu begehen. Der Mann hatte sie bei einem Stelldichein überrascht, als er eines Tages unvermutet in seine Wohnung kam. Er war vom Dienstmädchen unterrichtet worden. Daraufhin hatte er sich ein schriftliches Geständnis von beiden unterschreiben lassen.

1 Million Mark unterschlagen. Zu dem Zusammenbruch der Hildesheimer Rohzuckeragentur Jünke u. Giesecke wird dem Berliner Tageblatt noch gemeldet, daß sich die unterschlagene Summe auf mehr als eine Million Mark beläuft. Die Unterschlagungen wurden durch Fälschung der Bücher verschleiert. Beide Inhaber, die bekanntlich Selbstmord verübt haben, ließen sich kurz vorher noch in Lebensversicherungen aufnehmen.

Opfer der Aviatik. Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr ist ein Eindecker mit zwei Offizieren auf der Fahrt von Chemnitz nach Berlin zwischen Falkenberg und Niederschöna abgestürzt. Beide Offiziere, Oberleutnant Berger vom Infanterie-Reg. 104 und Oberleutnant Junghans vom Infanterie-Reg. 134, wurden bei dem Absturz getötet. Die Leichen sind in die Totenhalle in Niederschöna gebracht worden. — Aus Udine wird gemeldet: Bei der Rückkehr von den Manövern ist der Fliegerleutnant Congiovanne unweit von Codroipo mit einem Bleriotapparat aus 400 Meter Höhe abgestürzt; er hat schwere Verletzungen erlitten. Nach einer Depesche aus Shenandoah in Jowa ist der Flieger Russel Blair aus 300 Fuß Höhe abgestürzt und war sofort tot.

Vom elektrischen Strom getötet. Auf dem Innsbrucker Hauptbahnhofe kroch gestern abend ein junger Heizer mit einer elektrischen Lampe in den unteren Teil des Tenders seiner Maschine. Auf noch unaufgeklärte Weise kam der Strom der Lampe mit den Eisenteilen der Maschine in Berührung. Der Heizer wurde auf der Stelle getötet. Die Lampe hatte 200 Volt.

Beharrlichkeit führt zum Ziel. Die Suffragette Frau Leigy, die wegen des Versuchs, während der Anwesenheit des Premierministers Asquith in Dublin das dortige Theater in Brand zu stecken, zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt war, wurde auf freien Fuß gesetzt, weil man befürchtete, daß sie im Gefängnis verhungern würde. Die Gefangene hatte seit Wochen jede Nahrung von sich gewiesen und war bis zum Skelett abgemagert. Seit 44 Tagen hatte man versucht, sie gewaltsam auf künstliche Weise zu ernähren. Aber schließlich erklärten die Ärzte, daß das Leben der Gefangenen gefährdet sei. Infolgedessen hielten es die Behörden für das beste, sie in Freiheit zu setzen.

Verzweiflungstat einer Mutter. In Wien hat die 25jährige Krankenpflegerin Rosa Krügel ihr fünfjähriges Töchterchen aus ihrer im zweiten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße geworfen und ist dann selbst nachgesprungen. Das Kind ist tot, die Mutter schwer verletzt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Schwerer Bauunfall. In Carmaux (Frankreich) stürzte das Gerüst einer im Bau befindlichen Dampfmühle ein. Vier Maurer wurden getötet, 15 schwer verletzt.

Wenn Väterchen reist. Von der Feigheit des Blutzaren erhält man einen schwachen Begriff, wenn man sieht, wie Nikolaus jetzt in Polen reist. Eine dreifache Kette, Polizisten, Gendarmen und Soldaten, ist der Bahnlinie entlang aufgestellt. Die erste Linie ist neun Kilometer von der Strecke entfernt. Alle Wagen wurden durchsucht und in den Häusern der Arbeiter und Bauern finden täglich Haussuchungen statt. In Warschau gibt es täglich Massenverhaftungen. Die schlotternde Angst des Menschen, der über sein Volk die größten Greuel verhängt, zeigte sich auch in der Art, wie er auf das Verhalten eines Soldaten reagierte, der ihm aus der Reihe ein Bittgesuch überreichte. Nikolaus ließ ihn und alle Vorgesetzten des Truppenteils berufen.

Entwischter Gauner. Der wegen Unterschlagung von 200 000 Mk. in Düsseldorf in Untersuchungshaft befindliche Buchhalter Heinrich Geb, der seinerzeit in Konstantinopel verhaftet worden war, ist, als er auf seinen Wunsch zum Zahnarzt geführt wurde, entwichen und konnte nicht mehr eingeholt werden.

Typhus. Nach dem Genusse von Leinbachwasser sind in Baiertal bei Heidelberg zahlreiche Personen an Typhus erkrankt. Ein 17jähriges Mädchen ist bereits gestorben.

Wegen Falschmünzerei sind am Freitag in Saarbrücken der Agent Schwarz und der Zeitschriften-Reisende Honig verhaftet worden, die seit längerer Zeit im Keller eines Hauses der Beethovenstraße die Herstellung von Zwei- und Fünfmarkstücken betrieben haben. Ein großer Teil der Werkzeuge war bei der Verhaftung der beiden bereits fortgeschafft, doch wurde noch sehr belastendes Material gefunden. Die Verhafteten haben teilweise ihre Schuld zugegeben. Die falschen Münzen wurden hauptsächlich in Saarbrücken bei einem Kinematographentheater und einem Lebensmittelgeschäft in den Verkehr gebracht. Ein dritter Komplize namens Kalter, der in Mainz festgenommen wurde, befindet sich seit längerer Zeit in Haft.

Panik. Während eines Gottesdienstes in der Synagoge in Terespol entstand infolge einer umfallenden Petroleumlampe in der überfüllten Frauenabteilung eine Panik. Vier Frauen wurden erdrückt; 23 verletzt, unter ihnen drei lebensgefährlich.

Gesunkener Dampfer. Aus Archangel wird gemeldet: Auf der Drina ist der Passagierdampfer „Obnowka" infolge eines Zusammenstoßes mit einem Schleppdampfer gesunken. Die Besatzung und ein Teil der Passagiere wurde gerettet. Die Zahl der Verunglückten steht noch nicht fest.

Ein zyklonartiger Sturm ist über Herrera hingefegt. Viele hundert Häuser, darunter das Rathaus und die Kirche, wurden unter Wasser gesetzt. Das Wasser führte auch die Brücke über den Ebro fort. Zahlreiches Vieh ist umgekommen. Mehrere Briefträger werden vermißt.

Schwerer Taifun in China. Ein Lyoner Blatt veröffentlicht folgende Depesche des apostolischen Vikars für das östliche Tschekiang aus Ningpo: Am 16. September hat sich im Süden meines Vikariats ein unerhörtes Unglück zugetragen. Ein Taifun hat ganze Städte und unzählige Dörfer zerstört. Hunderttausend Familien sind ruiniert. **50 000 Menschen sind ertrunken.**

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Samson und Dalila, Oper in 3 Akten von Saint Saëns. Während diese Oper an allen größeren Bühnen verhältnismäßig häufig aufgeführt wird, bekam man sie in Lübeck bisher selten oder garnicht zu hören. Damit enthielt man dem hiesigen Publikum ein Werk von fesselnder Eigenart und reizvoller Musik vor. Der Stoff, welcher dem Libretto zugrunde liegt, ist der biblischen Sage entnommen. Simson, der die Philister geschlagen hat, erliegt den berechneten Liebeskünsten Dalilas. Als sie ihn ganz in ihrer Macht weiß, überliefert Dalila den Simson seinen Gegnern, die ihn blenden und dann verhöhnen. Noch einmal seine gewaltige Kraft sammelnd, zerbricht Simson die Säulen, welche den Palast der Philister tragen, und mit lautem Getöse stürzt das Bauwerk zusammen, unter sich Simson, Dalila und die Philister begrabend. Zu dieser knappen aber wirkungsvollen Handlung hat Saint-Saëns eine Musik von üppiger, leuchtender Farbenpracht geschrieben, die dem Orchester wie den Sängern außerordentlich dankbare Aufgaben bietet. Mit Freude soll konstatiert werden, daß bei der gestrigen Wiedergabe des Werkes an unserer Bühne alle Mitwirkenden ihren Aufgaben auch durchweg in guter, zum Teil in glänzender Weise gerecht wurden. Das Orchester strömte unter der temperamentvollen Leitung Kapellmeister Dr. Hartzems berückenden Wohllaut aus. Die Vertreter der beiden Hauptpartien Samson und Dalila traten erstmalig in Lübeck auf und konnten gleich über einen vollen Erfolg quittieren. Herr Schöffel, der neue Heldentenor, ist der beneidenswerte Besitzer einer gutgeschulten, in allen Tonlagen warmklingenden und tragenden Tenorstimme; dabei versteht er es, seinem Gesange Seele und Ausdruck zu verleihen. In der Darstellung verriet sein Samson allerdings noch sehr den Anfänger, namentlich in den hilflosen Armbewegungen. So viel ist jedenfalls nach seiner gestrigen Leistung sicher, daß unsere Bühne in Herrn Schöffel einen vielversprechenden Tenoristen gewonnen hat. Und talentvolle Anfänger sind weit erfreulicher als abgesungene Routiniers. Die Delila hatte in Fräulein Karell eine Vertreterin gefunden, deren Darbietung hohen Lobes wert ist. Wenn auch die tiefe Lage des prächtigen, klangschönen Organs der Künstlerin noch nicht ganz ausreicht und gelegentlich ein leichtes Tremulieren zu bemerken war, so muß doch die erfreuliche musikalische Sicherheit und die fesselnde, durchdachte Darstellung besonders gerühmt werden. Neben diesen beiden im Vordergrunde des Interesses stehenden Künstlern leisteten die Herren de Garmo, Fabian und Aschner sehr Anerkennenswertes. Auch die Chöre waren mit Eifer bei der Sache. Die von Herrn Beyer sorgsam inszenierte Vorstellung fand allseitigen lebhaften Beifall.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 21. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk. Hühner 1,50—2,50 Mk., Küken Stück 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 60—65 Pf., Gänse Pfd. 85 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,50 Mk., Eier Stck. 9 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,70 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1,— Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 50—60 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 70—80 Pfg., Mittel Pfd. 80 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr, Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 30—35 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 21. September.

Weizen, 120—127 Pfd. holl. 195—210 Mk. **Roggen** 112—120 Pfd., holl. 160—172 Mk., **Gerste,** nach Qualität 170—200 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 160—180 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 21. Sept.

Auftrieb 1800 Schweine. Markt mäßig rege.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 84.— (—,— bis 67,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 83,— bis 83,50 (66,50 bis 67,— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., —,— bis 83,— (64,00 bis 64,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64 — bis 64,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 80,— (56,00 bis 61.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (62,50 bis 63,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (56,— bis 60,—) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.